

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Winger, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. Für Inserate 1921, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einchl. Zustellung 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Beim Abbestellen Vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. ohne Zustellung. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühren: die gespartene Nonpareilzeile 1.00 Mk., im Westamerica-Beleg 3.50 Mk., Belegstellen 1.00 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Abbestellort: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 111.

Magdeburg, Sonnabend den 14. Mai 1921.

32. Jahrgang.

Missionen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich am Vormittag des 10. Mai entschlossen — gleichgültig was danach kommen möge — eine Regierung zustande zu bringen, die durch Annahme des Ultimatums den Spinnwebfäden fremder Truppen in unbefestigten deutschen Gebieten und damit den Ausbruch eines neuen Kriegszustandes verhindert. Durch diesen Entschluß hat sie auf jeden Fall eine Rettungstat vollbracht, das müßten heute selbst die Gegner der Annahme einsehen.

Denn in dem Augenblick, in dem die sozialdemokratische Partei jenen Entschluß gefaßt hatte, war es schon klar geworden, daß eine Ablehnungsmehrheit nicht vorhanden, eine Ablehnungsregierung nicht zu bilden sei. Die sogenannte Politik des nationalen Widerstandes — man sah und sieht nicht, worin der Widerstand bestehen sollte — war von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn nicht neun Zehntel des deutschen Volkes und der deutschen Volkvertretung geschlossen hinter ihr standen. Im Reichstag aber war keine Mehrheit für sie vorhanden. Kam es trotzdem zur Besetzung des Ruhrreviers, weil dem Deutschland, das zu einem Nein nicht fähig war, auch das Ja in der Klemme steckenblieb, so mußte das unbedingt eine Katastrophe geben. Vor dieser Katastrophe hat die

Sozialdemokratie Deutschland gerettet,

indem sie die Bildung einer Annahmeregierung noch zur rechten Zeit durchsetzte.

Das war eine Frage ersten Ranges. Und eine Frage ersten Ranges bleibt es, die Erfüllung der Bedingungen des Ultimatums — zunächst wenigstens für die erste Zeit — möglichst zu machen. Sonst behielten schließlich diejenigen recht, die erklärten: „Es ist alles gleich, die Franzosen kommen ja doch.“ Jetzt muß alles darauf hingearbeitet werden, daß die Franzosen nicht nur kommen, sondern daß auch die Ruhrhäfen in aller nächster Zeit und nach Ablauf von 5 Jahren die erste nördliche Besetzungszone geräumt werde.

Wir brauchen also eine Regierung, die uns den gefährlichsten Gegner, das imperialistische Frankreich, durch eine kluge und zielbewusste Politik vom Leibe hält und die es vermeidet, Deutschland in neue Konflikte hineinzutreiben. Wie jedoch diese Regierung zusammengesetzt ist, welche Parteien an ihr teilnehmen, das ist eine Frage zweiten Ranges, die mit aller sachlichen Mäßigkeit geprüft werden muß.

Die Demokraten machen große Anstrengungen, um die

Deutsche Volkspartei wieder in die Regierung

hineinzulocken. Aus parteitaktischen Gründen sehr begreiflich. Die Demokraten möchten gern von rechts und von links gegen alle Stöße des Schicksals ausgepolstert sein. Links durch die Sozialdemokratie, rechts durch die Deutsche Volkspartei. In der Sozialdemokratie ist dagegen die Abneigung gegen eine Koalition mit der „Stimmen-Partei“ unvermindert groß. Wiederrum begreiflicherweise, denn der Eintritt der Deutschen Volkspartei in eine Regierung, in der auch Sozialdemokraten sitzen, würde eine starke Unruhe in die Partei bringen und den Unabhängigen bequeme Angriffsmöglichkeiten bieten.

Über weder die parteitaktischen Wünsche der Demokraten noch die unjurer eignen Partei dürfen entscheidend sein. Entscheidend ist allein die Frage, ob der Eintritt der Deutschen Volkspartei zur Regierung die Führung der zur Rettung des Reiches notwendigen Politik erleichtern oder erschweren würde.

Diese Frage ist nicht ganz leicht zu beantworten. Auf der einen Seite würde der Zutritt der Deutschen Volkspartei die Kraft der Opposition von rechts bedeutend schwächen und den von der Regierung zu treffenden Maßnahmen einen stärkeren Rückhalt verleihen. Auf der andern Seite würde aber das Vertrauen des Auslandes in die Aufrichtigkeit der deutschen Absichten stark erschüttert werden, wenn eine Partei mit in die Regierung einträte, die sich fast einstimmig für die Ablehnung des Ultimatums ausgesprochen hat. In dieser Beziehung bildet die Anwesenheit von Demokraten, deren Partei bei der Abstimmung in zwei fast gleiche Teile zerfiel, in der Regierung schon eine genügend starke Belastung. Außerdem würde die Verständigung über die zur Erfüllung notwendigen Maßnahmen sehr stark erschwert werden, da sich die Parteiführer in der Regierung als

Gegner jeder kräftigen Besteuerung des Besitzes

betätigen und den im Interesse der Arbeiterbevölkerung notwendigen Maßnahmen Widerstand entgegenzusetzen würden. Der Versuch, Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei an denselben Wagen zu spannen, müßte daher, selbst wenn er unternommen würde, in sehr kurzer Zeit scheitern. Eine noch heftigere Wiederaufnahme des Kampfes zwischen diesen beiden Parteien wäre die unvermeidliche Folge.

Den Parteien, die zur Hälfte oder fast einstimmig gegen die Annahme des Ultimatums gestimmt haben, ist also dringend zu raten, daß sie sich nicht mit zu starken Erboten in den Vordergrund drängen. Wenn die Deutsche Volkspartei wirklich zur Einsicht gekommen ist, daß nach der Annahme des Ultimatums der Versuch der Erfüllung mit aller Aufrichtigkeit und mit allen Kräften unternommen werden muß, so kann sie diese Erkenntnis betätigen, ohne gleich wieder in die Regierung einzutreten. Der Eifer, mit dem ihr Wiedereintritt betrieben wird, muß

stutzig machen und Verdacht erregen.

In die Ecke drängen läßt sich die sozialdemokratische Partei aber nicht.

In diesem Sinne wird die Frage des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung mit aller Ruhe und Sachlichkeit zu behandeln sein. Nach unserer Beurteilung des Vergangenen und des Kommenden sprechen alle Gründe dafür, daß er unterbleibt. Außerdem wäre die Frage auch erst dann mit einigem praktischen Nutzen zu erörtern, nachdem die Stesemannier sich auf ein Minimalprogramm verpflichtet hätten. Nennlich wie in Mecklenburg. Was dort oder eingetreten, erscheint uns für das Reich unmöglich. Aus durchsichtigen Gründen. Die Konkurrenz der Deutschen nationalen würde die Stinesier dann schnell verzehren. Es läge in der Regierung bald eine Partei, die keine Partei mehr ist, weil ihr die Mitglieder wegelaufen sind. Die deutschen Unternehmer sind in ihrer Wut so viel zu fähig und noch viel zu sehr von ihrem „Herrn-im-Haussein“ durchdrungen, als daß sie mit der Sozialdemokratie ein Stück Wegs zusammengehen würden. Sie lassen sofort die Partei im Stich, die ein solches Wagnis unternehmen würde.

Das wissen die Stesemannier genau und danach richten sie sich. Sie sind daher für ein Minimalprogramm nicht zu haben.

Damit hat die Erörterung der Frage, die hiernach keine Frage mehr ist, jede praktische Bedeutung verloren. Gleichwohl wird sie da und dort — am Donnerstagabend auch in Magdeburg, wie der folgende Bericht zeigt, in den Parteioptionen besprochen. Ruhig, mäßigern und leidenschaftslos, wie es sich gehört, denn in der Politik hat nicht das Gefühl, sondern allein der Verstand zu entscheiden. Zieht man diesen zu Rat, erwägt man kühl, was bei den deutschen Parteiverhältnissen möglich ist und was nicht, so muß man zu der Ansicht kommen, daß die Befürworter einer kleinen Wegwanderung neben der Partei eines Stimmes sich in Missionen wiegen. Missionen sind in der Politik aber noch gefährlicher als Gefühlsausbrüche.

Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei

Der Ernst der politischen Lage und die schwerwiegenden Entscheidungen, vor die unsere Partei im Interesse des Volkes und des Landes gestellt ist, hatten am Donnerstagabend zahlreiche Parteigenossen und -genossinnen in die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburgs geführt. Es galt Stellung zu nehmen zur Regierungsbildung und zu den sich daraus ergebenden Folgen für Partei und Volk. Zunächst wurden geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

Den Geschäftsbericht gab der Sekretär Genosse Otto Winger. Er schilderte die angestrengte Tätigkeit der Parteifunktionäre bei den Reichs- und Landtagswahlen. Manche Aufgaben mußte deshalb zurückgestellt werden. Erfreulich sei das Wirken der proletarischen Jugend bei allen Aktionen der politischen Partei. Viel Kraft und Arbeit hätte eine große Anzahl Funktionäre bei den unliebsamen Auseinandersetzungen im Metallarbeiter-Verband aufwenden müssen. Die Vorträge, die in der Beamtenkassen gehalten worden sind, hätten gute Erfolge gezeigt. An den Veranstaltungen des Ausschusses für sozialistische Kultur hätte sich auch die Jugend stark beteiligt. Die beiden Werbestunden im November und April haben dem Verein, trotz der Wirtschaftskrise und der zweimaligen Beitragserhöhung, gute Erfolge gebracht. Wird die Zahl der Vereinsmitglieder auf Grund der Zahl der Wochenbeiträge berechnet, so ergibt sich bei einer Beitragsleistung von 115 pro Quartal und Mitglied eine Mitgliederzahl von rund 12.000. In Wirklichkeit ist der Mitgliederstand

bedeutend höher, denn ziemlich zwölf Beiträge zu zahlen im Quartal waren ja nur die alten und dauernd erwerbstätigen Mitglieder imstande.

Den Kassenbericht gab der bisherige Sekretär Genosse Albert Winger. Gegenüber dem letzten Quartal 1920 haben sich die Kassenverhältnisse im 1. Quartal 1921 erheblich gebessert. Bei einem Kassenbestand von 1500 Mark schließt Einnahme und Ausgabe ab mit 98.999,19 Mark. An die Bezirkskasse abgeführt sind 45.478,30 Mark. Nebenher ersucht die Unterkassierer, ihre Kreuze auch seinem Nachfolger übertragen zu wollen. Einstimmig wird Entlastung erteilt. Genosse Schühe gibt einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Preßkommission. Die reaktionelle Ausgestaltung der „Volksstimme“ findet die Billigung der Versammlung. Ein Antrag, der Reichstagsfraktion aufzugeben, dahin zu wirken, daß der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird, findet Annahme. Folgender Antrag des Genossen Wülfchmann wird ebenfalls einstimmig angenommen:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, umgehend bei der Reichsregierung oder im Reichstag zu beantragen, durch eine schnelle Rotterordnung oder ein Notgesetz die Bestimmung des § 850 Ziffer 5 und 6 der Zivilprozessordnung dahingehend zu ändern, daß analog der Bestimmung des § 4 Abs. 3 des Lohnbeschlagnahmegesetzes die Unpfändbarkeit der Bezüge der Mannschaften und Unteroffiziere der Reichswehr aufzuheben ist, soweit es sich um die Unterhaltungspllicht den nächsten Verwandten gegenüber handelt.

An Stelle des ausscheidenden Sekretärs Genossen Albert Winger wird als Kassierer und Sekretär Genosse Bauermeister gewählt. Genosse Wülfchmann teilt u. a. mit, daß die Genossen in Gutes wegen die Magdeburger Genossen zu der am 26. Juni stattfindenden Kammerweide einladen. Der Antrag der Allen Neustadt, den engsten Vorstand des Vereins auf sieben bzw. neun Personen zu vergrößern, soll in der nächsten Generalversammlung erledigt werden. Bis dahin werden in den Vorstand wiedergewählt die Genossen Wülfchmann, Baer und Albert Winger sowie die Genossen Schwenk, Als Revisoren die Genossen Fink, Großkopf und Willi Fabian. Die bisherigen Mitglieder der Preßkommission, des Bildungsausschusses und der Bibliothekskommission werden wiedergewählt. Die vorgeschlagenen Mitglieder für den Ausschuss, aus jedem Bezirk ein Mitglied und als Vorsitzender Genosse Plümbohm, werden bestätigt.

Dann nahm Oberpräsident

Genosse Göring

das Wort zur Schilderung der politischen Lage.

Vornweg gab Genosse Göring eine persönliche Bemerkung: Die Gegner von rechts, die um mein persönliches Wohl so besorgt sind, daß sie mich auf Dauerurlaub wünschen, müssen noch mit mir vorliebnehmen. Ich nehme nicht daran, in der nächsten Zeit auf Urlaub zu gehen, sondern werde meine Tätigkeit in der bisherigen Weise fortsetzen zur Freude meiner Gegner. Dann fuhr er fort: Die politische Lage ist heute keinen Deut besser oder schlechter als in den Tagen von Weimar; verfahren bis dahin. Sie beansprucht die Anspannung aller Kräfte, besonders der sozialdemokratischen Partei, um zu besseren Verhältnissen zu kommen. Die Rechtsparteien sind wohl da, wenn es gilt, schweres Unglück über das Volk zu bringen, aber sie versagen, wenn sie die Folgen für ihre Politik auf sich nehmen sollen. Dann ist es wieder die verleumdete „unfähige“ Sozialdemokratie, die die Sache retten soll. Die „Volksstimme“ hat ja eingehend und treffend über die politische Lage und die Folgen des Londoner Diktats berichtet. Die Rechtsparteien tun jetzt so, als ob eine neue Situation geschaffen ist. Das ist elende Heuchelei: auf keiner Konferenz hat die Entente uns im Dunkel darüber gelassen, was sie von uns fordert. Es ist Unsinn, wenn die Rechtspreß behauptet, daß die Forderungen der Feinde immer höher werden; früher waren nur die genauen Zahlen noch nicht genannt. Nach der Londoner Konferenz bestand aber vollständige Klarheit, was man von uns wollte. Und da gebärden sich jetzt die Gegner von rechts wie toll, als ob es ganz unerhört sei, was gefordert werde. Ja sie tun so, als ob nur die Sozialdemokratie sich nicht entrüsten habe. Das ist wiederum eine elende Heuchelei: wir haben ebenso scharf die Forderungen der Entente zurückgewiesen als die Rechtsparteien. Nicht mitgemacht haben wir aber den Stimmungsrummel, als ob Deutschland ein moralisches Recht hätte zur Entrüstung. Wer unsere Forderungen von Brest-Litowsk und Bukarest kennt, darf nicht entrüstet sein über Versailles, Spa und London. Die moralische Entrüstung von rechts ist nur elende Heuchelei. (Lebhafter Beifall.) Daß jetzt Laufen von uns gefordert werden, vom denen wir übertracht sind, ist falsch. Simons hat doch zum Schluß in London ein Angebot gemacht, daß der jetzigen Ententeforderung gleichkommt. Daß der Entrüstungsrummel aber wegen der Zahlungen entfällt wird, ist un wahr. Denn bei dem Geschrei von rechts spielt die Forderung der Entaffung die Hauptrolle. Wenn nämlich die Waffen, die sich in großen Mengen in den Händen der Reaktionen befinden, abgeliefert werden müssen, dann ist

die Herrlichkeit der Rechtsparteien zu Ende.

Die Herrschaften sind auch nicht erbaut über die Kriegsverbrecherbestrafung. Gerade die Rechtsparteien haben durch ihr Verhalten in den Fragen der Waffenablieferung und der Kriegsverbrecher der Entente Mittel in die Hand gegeben, gegen Deutschland vorzugehen. Es mußte möglich gewesen sein: etwas wenigstens in der Aburteilung der Kriegsverbrecher zu tun. Wohl hat man drei Soldaten beurteilt, aber noch kein Offizier, geschweige ein General ist vor Gericht gekommen. Solches Vorgehen muß die Entente als eine Verhöhnung betrachten. Was hätten wohl unsere Militärs in dieser Frage gemacht, wenn sie die

helfen werden? Die Reichsparteien versuchen angesichts des Ultimatums die Sache nun auf die Leistungen zu schieben, weil ihnen die anderen Punkte unangenehm sind. Ein denkender und mit dem Volke fühlender Politiker muß aber die Sache anders betrachten: zuerst wollen unsere Kapitalisten, die Stinnesleute, keine Befestigung des Ruhrgebietes, als sich aber in Konferenzen mit den Entente-Kapitalisten herausschickte, daß diese ihre Kollegen in Deutschland schon wollten, da wurde es anders. Stresemann, der informiert war, daß die kapitalistischen Brüder jenseits des Rheines und des Kanals nicht so schlecht auf ihre Genossen in Deutschland zu sprechen sind, wollten nun mit der Volkspartei ja jagen. Jetzt aber, da sie aus dem Ultimatum merken, daß es ihnen doch an den Krügen gehen soll, da sagen sie nein, weil sie ihre Interessen durch die Befestigung gefährdet halten.

Da die Bürgerlichen, besonders die Reichsparteien, die Sozialdemokraten immer als unfähige Eröpfe hingestellt hatten, da mühten doch jetzt die Bürgerlichen zusammenstehen und ihre Anniß zeigen. Aber was würde? Sie konnten keine Regierung bilden, weder für ja noch für nein. Das ist

eine Blamage der Bürgerlichen

ohnegleichen. Wenn nicht im letzten Augenblick die Sozialdemokratie die Zügel in die Hand nahm, dann wäre die kostbare Zeit talentlos verstrichen und die Franzosen marschierten ein. Als die Bürgerlichen lospöflos waren, da sprangen die Sozialdemokraten ein, um das Vaterland zu retten. Wir haben uns nicht in die Regierung gedrängt. Wir haben den Reichspräsidenten wissen lassen, daß es unser hehrlicher Wunsch sei, daß die Bürgerlichen die Suppe auslöscheln, die sie eingebrockt haben. 24 Stunden vor der Entscheidung wußte noch niemand, wie die Regierung aussehen wird. Da haben wir Dampf hinter den erfahrenen bürgerlichen Kartzen gemacht. Es ist uns nicht leicht geworden, einzupringen, denn wir wußten, daß wir vom Volke keinen Dank, sondern nur wieder Hund an den Leuten werden. Als aber feststand, daß Deutschland die deutsche Volkspartei nicht jagen würden, da konnten wir nicht mehr zusehen, daß unser Volk von den Bürgerlichen in Unglück gestürzt wird, sondern mußten mitmachen in die Regierung gehen. Höher als die Partei steht uns das Vaterland. Eine Aufgabe der Personen der Koalitionsminister war bei der Kürze der Zeit unmöglich. Die Hauptkategorie war, sofort eine verantwortliche Regierung zu schaffen. Wir sind mit der Zusammensetzung der Regierung nicht einverstanden, mühten aber in der kritischen Lage das mit in den Kauf nehmen; entscheidenden Wert legten wir auf das Ministerium des Innern.

Es war nun recht bezeichnend für die einzelnen Parteien, wie sie sich nach der Regierungserklärung benahmen. Die Partei des „Anfanges“, die Deutschnationale Volkspartei, hat sich in der Stunde der allergrößten Gefahr in der Reichstagsfraktion in der schmutzigsten und schäblichsten Weise aufgeführt, besonders bei den Reden des Kanzlers und des Genossen Wels. Ständische und provokierend war die Rede des deutschnationalen Parteiführers Geyer. Er leitete sich die Demagogie, für den nächsten Tag der Arbeiter einzutreten (großes Geklächel) und war besorgt, daß die Arbeiter länger arbeiten müssen. Das soll das Agitationsmittel werden, um unter der Arbeiterschaft deutschnationalen Stimmung zu treiben. Die Erklärung der Reichstagsminister der Deutschen Volkspartei, war nicht fünf noch fleisch. Noch kochloser war die Haltung der halbierten Demokraten. Mit der Erklärung der Unabhängigen kann man im großen und ganzen einverstanden sein. Aber die dritte Reichspartei, die Sozialdemokraten, jagten gleich, die neue Regierung mit den Sozialdemokraten ist viel schlechter als die reinbürgerliche Regierung. Die Kommunisten lehnten dann auch zusammen mit den Reaktionären das Ultimatum ab, weil sie auf die Revolution wandten.

Was wäre entstanden, wenn die Sozialdemokratie nicht opferbereit gewesen wäre, sondern die Sache laufen ließ? Im Westen und Osten wären die Militaristen in Deutschland einmarschiert. Die beiden Kohlenegebiete Oberschlesien und das Ruhrgebiet wären verloren gewesen. Der Preis für die Lozax Kohle würde von 30 Mark auf 500 Mark gestiegen sein. Dadurch wäre unsere Industrie erschrocken und Hunderttausende von Arbeitern arbeitslos auf die Straße geworfen. Das aber wollen die Herrschaffen von rechts. (Zustimmung.)

Die Reaktionäre wollen das Chaos

Kommt ihr Weigen blüht. Wohl werden die Leistungen an die Entente immer auf dem Volke laiten und manches im Produktionsprozess ändern, aber solange eine Möglichkeit vorliegt, unser Volk vor dem Untergang zu retten, muß diese bemuht werden. Die Zeit wird für uns arbeiten. Die Katastrophenspolitik: alles oder nichts, ist verkehrter. Denn bei der Befestigung der Kohlenebene wäre es nicht geblieben. Die Kohle wäre gestiegen. Die Goldbestände wären gemindert. Man hätte uns Kredit zu gemacht, während nach der Annahme des Ultimatums der Markkurs rasch steigt. Das kein der Reichsparteien ist außerordentlich leicht. Ihre Wähler sehen zum größten Teil auf dem Lande; sie hätten die Zwangsmaßnahmen der Entente vorzeitig anerkennen können mit ihren Lebensmittelpostämtern, nicht aber die Grundbesitzer.

Die wird sich die politische Lage weiterentwickeln? Wir müssen die Reaktionäre aus der preussischen Regierung ausschließen. Diese Veränderung muß kommen. Aber wir werden dem politischen Spiel der Kräfte mehr angelegelt sein als sonst. Denn die Demokraten wollen eine Regierung auf breiter Basis; sie wollen die Volkspartei mit in die Regierung hinein haben. Wir sind auch für eine Verbreiterung, aber nach links. Die Unabhängigen aber lehnen ab, sie brauchen Agitationsstoff und wollten eine rein sozialistische Regierung, obwohl sie wissen, daß diese bei der politischen Konstellation nicht Regierungsfähig ist. Wir müssen praktische Politik treiben, um das Land zu retten. Wären jetzt die Unabhängigen mit in die Regierung gegangen, dann wäre die Hälfte der Minister Sozialisten gewesen und hätte ganz andere Arbeit für das Volk geleistet. Durch die Abgrenzung der Unabhängigen ist wieder eine Neigung nach rechts eingetreten, die dazu führen kann, daß die Bürgerlichen die Kräfte der Volkspartei verlangen. Für uns wird dann die Frage arise: ist es zweckmäßiger, aus der Regierung auszuschließen und den Bürgerlichen das Feld zu überlassen, oder in der Regierung zu bleiben, anzuhängen, was geschieht und unsern Einfluß geltend zu machen, damit die Parteien, die die Entente uns aufgelegt hat, geteilt werden. Wir müssen unsere Grundsätze beibehalten und dürfen uns nicht aus der Regierung drängen lassen, selbst auf die Gefahr hin, mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung zu sein. Solange das Volk keine sozialistische Regierung haben will, müssen wir eben Koalitionsregierung werden. Vor allem aber müssen wir erklären, organisieren und agitieren, damit das Volk eine sozialistische Regierung verlangt.

Die Agitation

Die Ausführungen des Genossen Göring über die Politik der Partei, insbesondere über ein Zusammengehen mit der Volkspartei in der Regierung, rufen eine lebhafteste Aufregung hervor.

Genosse Heilmann: Die Volkspartei ist eine monarchistische Partei. Wir müssen uns fragen, wie erreichen wir etwas für das Volk. Die Unabhängigen werden sich noch ändern und zur praktischen Politik kommen. Wir müssen deshalb eine Verärgerung nach links schaffen.

Genosse Heilmann: Wir dürfen nicht mit der Volkspartei in einer Regierung sein. Mit dem Hintertzen, den wir jetzt haben, geht auch unser Entschluß zurück und wir erreichen gar nichts für das Volk. Wir brauchen die Arbeiterparteien nur rechts in der Regierung nicht beibehalten, beibehalten aber die ganz Verantwortung dafür aufheben.

Genosse Steiner: Ich muß mich wandern über die Getrenntheit des Genossen Göring gegenüber der Volkspartei. Die Volksparteier wollen nur hinein in die Regierung, um die

Beschäfte zu verantworten und die Lasten von sich auf die Arbeiterschaft abzumägen. Die Demokraten fürchten die Konkurrenz der Volkspartei und wollen sie deshalb die Verantwortung für die Ausführung der Ententeforderungen mittragen lassen. Wenn wir uns durch die Koalition mit der Volkspartei als Partei aufopfern und bei den Wahlen den Reaktionären den Sieg überlassen, dann haben wir gegen das Volk gearbeitet.

Das Volk muß entscheiden.

Wir verlangen Neuwahlen und die Verbreiterung der Regierung nach links.

Genosse Bader: Es werden jetzt schlechte Zeiten kommen, denn wir müssen die Forderungen der Entente erfüllen. Angelegene Summen an Geld und Waren sind dazu notwendig. Wie steht die Volkspartei dazu? Sie hat das Ultimatum abgelehnt und wird alles tun, um sich von den Lasten zu brücken. In einer Demokratie müssen sich die Koalitionsparteien auf ein Minimalprogramm festlegen. Solch Aktionsprogramm wäre für uns: 1. Sicherung der Republik und der Demokratie, 2. gerechte Verteilung der Lasten. Nur mit Parteien, die sich auf dieses Regierungsprogramm verpflichten, kann die Sozialdemokratie zusammengehen. Bietet die Volkspartei die Garantie dafür? Nein! Sie stellt sich schützend vor die Bankkonten und Geldschränke der Kapitalisten und ist monarchistisch. Für ein Zusammengehen mit der Volkspartei ist also kein Grund und keine Möglichkeit gegeben. Wir müssen fest stehen auf der republikanisch-demokratischen Linie.

Die Unabhängigen haben wieder abgeseht, in die Regierung zu treten trotz unser Minimalprogramm. Wir müssen das Volk fragen, ob es die Lasten übernehmen will. Deshalb muß unsere Forderung sofort Reichstagswahlen verlangen.

Genosse Heilmann: Erst wenn sich herausstellt, daß die Kosten ungerrecht verteilt werden, müssen Neuwahlen gefordert werden. Es kann kommen, daß wir gezwungen sind, mit der Volkspartei in die Koalitionsregierung zu gehen, das darf aber nicht so weit gehen, daß wir alles mitmachen.

Genosse Wittmann: Es gibt Gründe für und gegen das Zusammengehen mit der Volkspartei. Grundsätzlich dürfen wir nicht gegen eine Koalition mit der Volkspartei sein. Die jetzige Regierung hat nicht die Mehrheit. Es gibt weite Kreise in unserer Partei, die nicht verstehen, daß wir ein Zusammengehen mit der Volkspartei grundsätzlich ablehnen. Die Volkspartei kann auch demokratisch sein. Es kommt darauf an, die Opposition gegen die Regierung möglichst gering zu gestalten. Wir brauchen zur Erfüllung der Bedingungen des Ultimatums die Hilfe der Volkspartei. Das Volk muß es verstehen lernen, daß wir selbst mit der Volkspartei zusammen arbeiten müssen.

Reichsinteresse ist auch sozialdemokratisches Parteinteresse.

Das Vaterland retten, heißt auch die Partei retten. Die praktischen Gesichtspunkte, mit der Volkspartei in der Regierung zu arbeiten, überwiegen jetzt. Wahlen sind jetzt das ungeeignetste.

Genosse Göring: Wir müssen uns entdullen von der Opposition losmachen, das agitatorische Moment zurückstellen und praktische Arbeit leisten. Würden die Unabhängigen für eine Regierung vom Zentrum bis zur U. S. R. zu haben sein, dann wäre eine gerechte Verteilung der Lasten des Friedensvertrags gesichert. Die Volkspartei ist eine größere Gefahr, wenn wir außerhalb der Regierung sind, als wenn wir mit ihr zusammen arbeiten. Selbstverständlich für ein Zusammengehen ist aber, daß die Volkspartei sich auf das vom Genossen Bader angeführte Minimalprogramm verpflichtet. Reichstagswahlen wären jetzt ein Unglück.

Die Aussprache über diese wichtige Frage konnte bei der Menge der Wortmeldungen nicht zu Ende geführt werden. In der nächsten Woche wird sich daher eine besondere Generalversammlung mit der Laktion unserer Partei weiter beschäftigen. Die weittragende Bedeutung, die diese Frage für unsere Partei hat, muß es jedem Parteimitglied zur Pflicht machen, in der nächsten Generalversammlung zugegen zu sein.

Die unbesetzten Ministerposten.

Die Besetzung der drei noch unbesetzten Reichsministerien: des Auswärtigen, der Finanzen und des Wiederaufbaues werden erst nach den Pfingstfeiertagen stattfinden. Der Reichstag ist am Donnerstag nachmittags in die Ferien gegangen, die bis zum 31. Mai dauern sollen, sofern nicht die politische Lage den Reichstagspräsidenten zu einer früheren Einberufung veranlaßt. Unmittelbar nach den Feiertagen werden jedoch die Verhandlungen um die Vollbesetzung des Reichskabinetts zu einem Ergebnis führen müssen.

Bis dahin wird auch die Sozialdemokratische Partei zusammen mit den Gewerkschaften eine Entscheidung getroffen haben über den Kandidaten für das von ihr zu besetzende Wiederaufbaumministerium. Für das Auswärtige Amt und das Reichsfinanzministerium will Reichsminister Wirth womöglich „Fachleute“, nicht Parlamentarier, heranziehen, ohne daß man bis heute sagen kann, wer tatsächlich für diese beiden Posten in Frage kommt.

Entwaffnung und Wiederaufbau.

Der französische Wiederaufbauminiiter empfing am Mittwoch die Pariser Vertreter der amerikanischen Presse, denen er erklärte:

Die Nachrichten aus Deutschland zeigen, daß wir mit Recht bemunzigt sind. Die Erklärungen des holländischen Ministerpräsidenten v. Kahr beweisen uns, daß es in seinem Lande noch 300 000 Männer gibt, die mit allen notwendigen Waffen, Maschinen und Munition versehen sind, jeden Augenblick bereit sind, zu marschieren. Wir müssen Herrn v. Kahr sehr dankbar sein dafür, daß er uns über die Existenz dieser Kanonen und Maschinen gewahrt, die bis zum 30. Juni abgeliefert sein müssen, unterrichtet hat. Auf jeden Fall werden wir Gewehr bei Fuß bleiben, um die Entwaffnung sicherzustellen und uns vor der ganzen Welt eine größere Sicherheit für die Erfüllung unserer finanziellen Forderungen zu geben. Zudem verbreitet sich auch über die Wiederaufbauarbeiten im zerstörten Gebiet. 600 000 Häuser wurden zerstört und sind unbewohnbar, 1 150 000 Menschen lebten in Baracken und seien höchst ungenügend gegen Kälte und Hitze geschützt. In Simon habe angeboten, 5 000 Häuser zu bauen. Dieses Angebot, erklärte er, nehmen wir sofort an.

In der Frage der Stellung deutscher Arbeiterkräfte für den Wiederaufbau erklärte der Minister, es würde die Gefühle der Geschädigten verletzen, wenn dieselben Leute, die die Zerstörung angerichtet hätten, frei unter ihnen bewegten. In Gebieten ohne dichte Bevölkerung dagegen sei die Verwendung deutscher Arbeiter möglich, vorausgesetzt, daß sie eine geeignete Formel finden lasse, die zugleich die Rechte der deutschen Arbeiter sichere. Bezüglich dieses Punktes erwähnte er (Lachen) indes die in Genf zwischen den französischen und den deutschen Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen unannehmbar.

Diese Ausführungen sind für uns in mehr als einer Hinsicht interessant. Ob Souverän den amerikanischen

Journalisten nur etwas vorgerebet hat, um seinen „guten Willen“ zu beweisen und Stimmung für Frankreich zu machen, oder ob es ihm Ernst ist mit der Annahme der Vorschläge der deutschen Gewerkschaften, wird sich bald herausstellen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit Goudour und nach dieser Erklärung, haben wir allen Grund, mißtrauisch zu sein.

Unser Anspruch.

Als bei den Bestrebungen, in Preußen eine tragfähige Regierung zustande zu bringen, die Deutsche Volkspartei ihren ganzen Einfluß aufbot, die Sozialdemokratie aus der preussischen Regierung hinaus zu drängen, in der sie durch die tatkräftige Arbeit ihrer führenden Genossen eine achtunggebende Stellung errungen hatte, war eins der Hauptargumente zur Ausschaltung der Sozialdemokratie der Hinweis auf die notwendige „Homogenität zwischen Preußen und Reich“. Die Sozialdemokratie lehnte es ab, mit der Deutschen Volkspartei in ein gemeinsames Kabinett einzutreten.

Nachdem die Sozialdemokratie nunmehr im Reiche das Opfer gebracht hat, die Last der Regierung mit zu übernehmen, und die Deutsche Volkspartei aus dem Reichskabinett ausgeschlossen ist, hört man überraschenderweise nichts mehr von den zahlreichen Hinweisen auf die Notwendigkeit einer Homogenität. Vielmehr wird bei der unumgänglich gewordenen Umbildung der preussischen Regierung von denselben Parteien, die unter Hinweis auf die Homogenität die Sozialdemokratie aus der Regierung herausgedrängt hatten, mit den nun schon hinreichend bekannten Mitteln gegen den Eintritt der Sozialdemokratie in das preussische Kabinett gearbeitet. Daß es ein Vertreter des Zentrums war, der die Würdelosigkeit besaß, die volksparteiliche Beschimpfung mit der „Futterkripenpolitik“ der Sozialdemokratie aufzunehmen, ist betäubend für den Vertreter einer Partei, die wenige Stunden zuvor alles darangesetzt hatte, die Sozialdemokratie zum Eintritt in das Reichskabinett zu bewegen.

Die Sozialdemokratie drängt sich in Preußen ebenso wenig zur Regierung, wie sie es im Reiche getan hat. Nachdem sie aber durch die Übernahme der Reichsgeschäfte einem Teile der bürgerlichen Parteien, insbesondere aber der Deutschen Volkspartei, eine Last von den Schultern genommen hat, zu deren Tragung sich diese für unfähig erklärte, ist es Pflicht der Sozialdemokratie, den arbeiterfeindlichen Kurs, den das Kabinett Stegerwald vom ersten Tage seines Bestehens an in Preußen einschlug, so schnell wie möglich zu hemmen. Wenn die Arbeiterschaft gut genug dazu ist, die Republik vor dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet und vor der Wegnahme Oberschlesiens zu schützen, so hat sich auch den vollen Anspruch darauf ihren Einfluß in Preußen erneut geltend zu machen. Die Parteien, die im Reichstag weniger aus ehrlicher Ueberzeugung als aus Parteiinteressiertheit und aus taktischen Erwägungen sich vor der Verantwortung fürchteten, haben den geringsten Anlaß dazu, von einem übermäßigen Machtstreben der Sozialdemokratie zu sprechen.

Diesen Gesichtspunkt wird die sozialdemokratische Landtagsfraktion bei den Beratungen über die Umbildung der preussischen Regierung, die nach Pfingsten einsetzen werden und unverbindlich schon jetzt vorbereitet werden, mit gebührendem Nachdruck zur Geltung bringen.

Es stimmt etwas nicht!

Die von polnischer Seite verbreiteten Nachrichten über ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den Aufständischen und der Interalliierten Kommission hat begreiflicherweise nicht nur in deutschen, sondern auch in den alliierten Ländern Aufsehen und Erregung hervorgerufen. Der deutsche Beauftragte in Oppeln hat sich auftragsgemäß zu General Le Rond begeben, um darüber Auskunft zu erlangen. Ueber das Ergebnis dieser Erklärung unterrichtet folgende Bekanntmachung des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln, die W. R. W. verbreitet:

Der General Le Rond hat mir soeben auf meine Anfrage in Anwesenheit der anderen Mitglieder der Interalliierten Kommission auf das bestimmteste erklärt, daß der von Warschau verbreitete Funkspruch, es wären zwischen der Interalliierten Kommission und den Insurgenten Abmachungen getroffen worden, von Anfang bis zu Ende, im ganzen und in seinen einzelnen Punkten, erlogen sei. Es seien weder über einen Waffenstillstand noch über eine Demarkationslinie, noch über einen Übergang der Regierungsgewalt an die Insurgenten oder eine Amnestie usw. irgendwelche Verhandlungen gepflogen, geschweige denn Abmachungen getroffen worden.

Mit dieser deutschen Auslassung steht eine amtliche Bekanntmachung der Interalliierten Kommission in Uebereinstimmung, die folgenden Wortlaut hat:

Gewisse Zeitungen berichten über das Zustandekommen des Waffenstillstandes mit den Insurgenten, wonach eine Demarkationslinie festgesetzt worden sei. Diese Nachricht entbehrt jeder Grundlage.

Hier stimmt etwas nicht; denn ganz aus den Fingern gezogen können sich die Polen die Nachrichten doch nicht haben. Es dürften wohl die Vermutungen des „Times“-Berichterstatters zutreffen, der seinem Blatte berichtet, „es scheint, daß die französischen Vertreter in der Kommission ein mündliches Abkommen in diesem Sinne getroffen hätten. General Le Rond glaube anscheinend, daß die vollendete Tatsache der polnischen Befestigung ohne weiteres von seinen Mitern anerkannt werden müßte“.

Die „Times“ verwahrt weiter darauf, daß die Franzosen die Entdeckung verborgener deutscher Waffenlager herborhoben und Deutsche verhafteten, die im Besitz von Waffen betroffen worden, um so den Belagerungszustand durchzuführen, obwohl sie die bewaffneten polnischen Patrouillen, die an jeder Straßenecke stehen, übersehen. Die „Times“ erklärt, die Interalliierte Kommission habe aufgehört, als neutrale Organisation zu bestehen. Die britischen und

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 111.

Magdeburg, Sonnabend den 14. Mai 1921.

32. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 13. Mai 1921.

Reichs-Arbeitersporttag.

Um für den gesamten Arbeitersport zu werben, findet am Sonntag den 29. Mai im ganzen Reiche von allen Arbeitersportverbänden ein Wertebettag statt. Die örtlichen Vorarbeiten für Magdeburg sind nun so weit gediehen, daß ein ungefähres Bild entrollt werden kann.

Vormittags 7 Uhr: Stafettenwettkampf zwischen Turnern und Radfahrern, in den Vorstädten beginnend, auf dem Alten Markt endigend. Anschließend auf der Rennbahn Berliner Chaussee völkstümlicher Dreikampf (Weit sprung aus dem Stand, Schleuderballweitwerfen und 100-Meter-Lauf).

Um 9 Uhr: Von den Glöbriken Kunstsprünge der Schwimmer, anschließend Schwimmsport, Rettungs- und Wiederbelebungsversuche der Samariter.

Um 12½ Uhr: Demonstrationsszug vom Dampplatz nach der Rennbahn. Hier finden Gemeinübungen der Turner, Mannschaftskämpfe zwischen den einzelnen Sportverbänden, Sonderaufführungen, Musterreiten, Reiten der Radfahrer, Volkstänze der Naturfreunde, Radballspiel usw. statt. Den Schluß bilden je ein Faustball, Korbball, Schlagball- und Fußballspiel. Ein 5-Kilometer-Madrennen beschließt die Veranstaltung.

Die Arbeitersportbewegung hat in den letzten Jahren sich außerordentlich und innerlich ganz bedeutend gefördert, wenn auch die Kriegswirkungen noch immer sich bemerkbar machen. Der Reichsarbeitersporttag soll der Öffentlichkeit ein Bild von der Leistungsfähigkeit des Arbeitersports geben.

Tarifabschluß für Bauhändler.

Nach langem Ringen ist es den Bauhändlern gelungen, durch die Verbindlichkeitsklärung des Demobilisationskommissars wieder zu einem Tarifverhältnis zu kommen. Fast 1 Jahr lang tobte der Streit. Die Arbeitgeber haben es stets durch ihre Verschleppungstaktik verstanden, die Schlichtungsbehörden zu beeinflussen, ihren Wünschen zu willfahren. Lediglich es sich doch für die Herren Arbeitgeber in der tariflosen Zeit ganz angenehm: die Gefellen konnten nach Laune behandelt werden und außerdem brauchte man sich nicht einmal an die bisherigen hohen Tarife zu halten. Diesen Zustand hat der Schlichtungsausschuss durch Spruch vom 2. Februar 1921 aufgehoben und der Demobilisationskommissar mit der Verbindlichkeitsklärung vom 30. April 1921 bestätigt. In der Begründung der Verbindlichkeitsklärung wird darauf hingewiesen, daß die Bauhändlergefallen den Industriefachgelehrten in der Entlohnung mindestens gleich bewertet werden müssen.

Da der Schlichtungsausschuss in seiner Sitzung vom 8. Februar 1921 die Mindestlohnsätze im ersten Gejellenjahr auf 3,40 Mark, bis zum vollendeten 20. Lebensjahr 4,10 Mark, bis zum vollendeten 25. Lebensjahr 4,70 Mark, über 25 Jahre 5,40 Mark festgesetzt hatte, ist er nicht unwesentlich unter den Löhnen der Industriefachgelehrten zurückgeblieben. In der Begründung der Verbindlichkeitsklärung des Demobilisationskommissars heißt es unter anderem:

Zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, insbesondere zur Vermeidung eines Ausstandes im Schlossergewerbe, der gerade jetzt in der günstigsten Zeit zum Häuserbau höchst nachteilig auf die allgemeine Wirtschaftslage einwirken würde, weil es für diese von großem Interesse ist, daß durch möglichst beschleunigten und ungehinderten Bau von Häusern, zu welchem Zwecke sehr erhebliche öffentliche Mittel gerade jetzt bereitgestellt sind, der herrschenden Wohnungsnot gesteuert wird, ist es erforderlich gewesen, von Amts wegen einzugreifen und den Schlichtungsanspruch für verbindlich zu erklären, nachdem die Einigungsverhandlungen zu keinem Ziele geführt und die Arbeitgeber Untermwerfung unter den Schlichtungsanspruch abgelehnt hatten.

Wir ersuchen die Bauhändler Magdeburgs, für die Durchführung dieses nun endlich abgeschlossenen Lokaltarifs zu sorgen und in Streitfällen den Deutschen Metallarbeiterverband, Große Münzstraße 3, 1 Treppe, anzurufen.

Die Verwaltung des
Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Sozialdemokratischer Verein. Genosse Kübiger, der für den Bezirk Rotensee als Referent angekündigt war, ist leider verhindert, das Referat zu halten. Ein anderer Referent steht uns nicht zur Verfügung. Die Genossen in Rotensee müssen sich bis nach Pfingsten gedulden.

Das Eisen im Feuer.

Roman von Klara Siebig.

(35. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

Bier Wochen waren vergangen nach Schelles Beeridigung, als Gottlieb ihm ausrichtete: die Meisterin liege Herrn Henze bitter, heute mittag um elf zu ihr herauf zu kommen, der Herr Notar wäre da.

Mit unruhigen Händen vertauschte Hermann seinen Arbeitsmittel mit dem Sonntagsrock; er zog sich von Kopf bis zu Füßen um. Was kam nun, was kam nun?! Seine Finger haketen, er konnte mit dem Anzug gar nicht zutande kommen, bald riß er Knopf ab, bald verknöchte sich was. Gottlieb klopfte schon an die Stammertür: „Eise!“

„Ich bin noch nicht fertig.“
„Gottlieb, da der weisse zieht sich ja 'ne Braut zweimal an!“
Endlich war er so weit. Die beiden andern Gejellen waren auch befohlen. Zerlegen standen die drei oben auf der Schwelle des Zimmers, wo auf dem Kanapee hinterm runden Tisch der Notar saß. Er hatte ein Papier vor sich liegen auf der polierten Tischplatte, die der Tischler so schön gefügt hatte, daß die Majer des Holzes in der Mitte einen Stern bildete.

Hermann sah das ganz genau; er klammerte sich ordentlich daran fest mit den Augen, er wollte die Frau nicht ansehen, die im schwarzen Trauerkleid, eine schwarze Spizenbarbe übers Paar gelegt, neben dem Tisch stand. Sie hatte ihre Hand leicht aufgehoben, sie war sehr blaß; und erregt, das merkte man am Zittern der aufgetupften Hand.

Der Notar lud die Männer zum Näherreten ein, sie sollten sich setzen. Gottlieb blieb an der Tür stehen, er war nicht aufgebodert, dazubleiben, aber er fühlte sich mit als zugehörig. Er faltete die Hände vor sich und blinzelte.

Es war ein Nachtrag zum Testament des verstorbenen Ehegatten im Schreibisch des Privatkontors gefunden worden. Der Notar verlas, daß der Verstorbene wünschte, die Schmiede solle

Weitere Einschränkung des Straßenbahnverkehrs.

Vor nicht langer Zeit hat die Straßenbahngesellschaft, deren Verkehr einen 7/8-Minuten-Verkehr eingerichtet. Jetzt scheint sie schon wieder zu weiteren Einschränkungen greifen zu wollen. Die Wagen sollen in der Zeit von 1/9 bis 1/2 12 Uhr vormittags und 8 bis 11 Uhr abends nur alle 10 Minuten verkehren. Nur am Mittwoch vormittag und den ganzen Sonnabend soll des Marktverkehrs wegen der 7/8-Minuten-Verkehr vollbehalten werden. Ausgenommen sind die Linien 7 und 9, die den Bahnhof mit verschiedenen Teilen der Stadt verbinden. In Fällen, in denen ein stärkerer Verkehr zu erwarten ist, will man Einsparwagen einlegen. Die Einschränkung wird mit dem ungeheuren Anstoss und neuen Wohnforderungen der Angestellten begründet. Dazu ist zu bemerken, daß es wohl richtig ist, daß die Angestellten bescheidene Wohnforderungen gestellt haben. Die Straßenbahnverwaltung hat aber keinesfalls Zulagen gewährt, sondern die Forderungen rundweg abgelehnt. Ein Verfahren vor dem Schlichtungsausschuss schwebt noch. Die Straßenbahn hat ferner schon 10 Mann gekündigt bzw. entlassen und wie verlautet, beabsichtigt sie weitere 50 Mann aus dem Industriegelände und der Verkehr der Vorortbahn aufgenommen werden könnte. Entlassungen vermeiden zu können. Nur fehlen noch die Wagen für die neuen Linien. Ob die Straßenbahn mit diesen Einschränkungen die gewünschten Erfolge erzielt, ist sehr zweifelhaft. Jedenfalls dürfte der Verkehr eingeleistet werden, ob es notwendig ist, gerade in dieser Krisenzeit die Arbeitslosigkeit noch zu vergrößern, zumal man ja anscheinend damit rechnet, den Betrieb der Linie nach dem Industriegelände bald aufnehmen zu können.

Bezirksjugendtag in Burg.

Kein Bursche oder Mädel der Magdeburger Arbeiterjugend darf fehlen!
Die Magdeburger Arbeiterjugend fährt am Sonnabend nachmittags 2.15, 5.10 und 6.56 Uhr, Sonntag früh 8.20 Uhr.
Vergesst nicht mitzubringen: Decke, Eßgeschirr, Rüssel und Handtuch. Die Führung übernehmen die Bezirksleiter und deren Vertreter.

In Burg erst melden im Gewerkschaftshaus!
Genossen und Genossinnen, ob jung oder alt, helft mit, daß der Jugendtag zu Pfingsten in Burg ein Erfolg und eine dauernde Erinnerung an die Bedeutung der Arbeiterjugendbewegung wird!

Freie Gewerkschaften und Gewerbegericht. Wir erhalten vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts diese Mitteilung: Zu der Einziehung des freien Gewerkschaften hat der Ausschuss des Gewerbegerichts, der aus dem Vorsitzenden, je sechs Arbeitgeber- und Arbeiterbeisitzern besteht, in einer Besetzung von je fünf Beisitzern folgenden von Arbeiterbeisitzern vorgeschlagenen Beschluß einstimmig gefaßt:

Der Ausschuss spricht Herrn Magistratsrat Goldschmidt auch in Zukunft sein Vertrauen aus, und bedauert den Schluß der Resolution („Volksstimme“ Nr. 103 vom 4. 5. 21), in dem gesagt wird, daß der Vorsitzende zugunsten einer Partei die Rechtsprechung mißbrauche.

Bezirks-Sängerfest. Der Bezirk Magdeburg des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, dem zurzeit 68 Gesangsvereine angeschlossen sind, veranstaltet am ersten Pfingsttag im „Konzerthaus“, Leipziger Straße, ein großes Bezirks-Sängerfest. Sänger und Sängereinnen treffen sich vormittags 9 Uhr im „Konzerthaus“ zur Abhaltung der gemeinsamen Proben der Gesamtdire. Von 11 bis 12 Uhr Besichtigung einiger Sehenswürdigkeiten unserer Stadt und im Anschluß hieran Vortrag einiger Lieder auf dem Alten Markt. Nachmittags 3 Uhr: Beginn des Gartenkonzerts, bestehend in großen Männen-, Frauen- und gemischten Chören. Von 5 Uhr an in beiden Sälen großer Fußball.

Eine Bekanntmachung des Finanzamts über die Körperschaftsteuer befindet sich im Anzeigenenteil.

Die Schutzpolizisten unmittelbare Staatsbeamte. Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Der preussische Minister des Innern hat nach Abschluß eingehender Verhandlungen mit den zuständigen Ressorts Preußens und des Reiches nunmehr angeordnet, daß die noch im Anstellungsverhältnis befindlichen Angehörigen der Schutzpolizei sofort als unmittelbare Staatsbeamte angestellt werden. Damit ist ein lang gehegter, berechtigter Wunsch endlich zur Erfüllung gebracht.

Berechtigte Klagen! In den Sitzungen der Elternbeiräte wurde darüber geklagt, und die Behörde mußte es auf Befragen bestätigen, daß die den einzelnen Schulleitern zur Verfügung stehenden Mittel für unentgeltliche Lieferung von Lehr- und Lernmitteln an arme Kinder zu gering seien. Diese Mittel, aus denen auch noch die Waisenkinder, die doch eigentlich der Waisen- bzw. Armenverwaltung unterstehen, und besonders beliefert werden müßten, ihre Bücher und so weiter erhalten, sind gegen früher nur unwesentlich aufgebessert worden. Die kleine Erhöhung stand und steht in gar keinem Verhältnis zu den jetzt so hohen Kosten der Lehr- und Lernmittel. Der größte Teil der Schulen hat gleich nach Ostern alle zur Verfügung stehenden Mittel aufgebraucht! Was wird nun im Laufe des Schuljahres? Hier müssen schamhaft Mittel zur Verfügung gestellt werden — allerdings bei den mehr als schlechten Finanzverhältnissen der Stadt eine schwierige Frage. Darüber sind sich auch die Elternbeiräte und Lehrer der Volksschulen klar. Aber dann soll eben die Stadt lieber die Ausgaben für die Volkshochschule streichen oder kürzen (50 000 Mark pro Jahr). Denn wichtiger und nötiger als diese Ausgabe, welche an anderer Stelle vielfach als Nebeneinnahme in die Erziehung trete, sei die Ermöglichung eines geordneten Lernbetriebs in der Schule, in dem man dem großen Kreise der Kinder, deren Eltern wirklich infolge Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit das Geld für Schulbücher nicht aufbringen können, hilft, ebenso den Halbwaisen. Die Elternbeiräte wollen sich dieserhalb an die Stadt- und Schulverwaltung und die Schuldeputation wenden.

Ein wichtiges Gewerbegerichtsurteil. Tarifverträge zwischen den Arbeitgebern und den Organisationen der Arbeitnehmer werden sehr oft mit rückwirkender Kraft abgeschlossen. In diesen Fällen entstehen häufig Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Unternehmer verpflichtet sind, ihre aus ihren Betrieben ausgetretenen Arbeiter die Löhne für die zurückliegende Zeit nachzugahlen, wie der Tarifvertrag das vorsteht. Das Gewerbegericht in Köln hat nun vor einiger Zeit ein Urteil gefällt, das von großer Bedeutung für die Arbeiterbewegung ist. Es hat die Frage, ob Löhne, die durch Tarifabschluß für eine gewisse Zeit nachgezahlt werden müssen, auch den Arbeitern zuzurechnen sind, die nicht mehr in dem in Frage kommenden Betrieb beschäftigt sind, bejahend beantwortet. Nach dieser grundsätzlichen Entscheidung kann eine Ausnahme nur dann gemacht werden, wenn in dem Tarifvertrag ausdrücklich bemerkt ist, daß die vereinbarten Nachzahlungen nur an die noch im Betriebe Beschäftigten zu zahlen sind.

Patete ohne Inhalt müssen bei der Postlieferung zur Post als leer gekennzeichnet werden. Die Postverwaltung hat den Zweck, zu verhindern, daß betrieblige Sendungen nicht als bearbeitet behandelt werden. Derartige Leerrendungen kommen aber jetzt häufig bei der Post vor. Wegen ihres geringen Wertes werden gegen die vollen schweren Sendungen werden sie oft beschädigt. Den Untersuchungsstellen für solche Fälle gehen täglich zahlreiche leere Schachteln, Kisten und dergleichen zu. Man hat geglaubt, sie wären ihres Inhalts beraubt worden. Dadurch entstehen natürlich unverständliche und überflüssige Arbeiten, ehe sich herausstellt, daß die Patete schon leer eingeklärt worden sind. Das Reichspostministerium mußte deshalb die Annahmestellen auf die Notwendigkeiten hinweisen, mit Sorgfalt auf der Verpackung „leere Schachtel“ usw. auf Patet und Patetkarte zu achten, wenn Patete durch ihr geringes Gewicht dies erkennen lassen. Nötigenfalls soll der Bemerkel nachgeholt werden.

Heber den Reichstaxi im Bankgewerbe und den letzten dazu gefällten Schiedsbericht in einer Verammlung des Deutschen Bankbeamtenvereins Herr Hofmann in Berlin. Nach seinen ausführlichen Darlegungen kam die Verammlung zu dem Entschluß, trotz der ungenügenden Berücksichtigung der Angelegenheiten des Schiedsrichters anzunehmen, weil sie mit Rücksicht auf die allgemeine Lage unersetzlich ist. Auf Grund einer Verschärfung der Interferenzgesetze vermeiden will. Sie erwartet aber von den Verlängerungsverhandlungen im Juli, daß durch eine gründliche Umgestaltung des Tarifs den Belangen ihres Standes in bezug auf Gehalts- und Arbeitsverhältnisse Rechnung getragen wird.

Was ist eine Traglast? In der vierten Wagenklasse der Eisenbahn dürfen die Reisenden in den dafür bestimmten Abteilen neben dem Handgepäck, auch Körbe, Kiepen, Säcke usw. als Traglast mit sich führen. Ausgeschlossen hiervon sind Gegenstände, die infolge ihres Umfangs, Gewichts oder ihrer Anzahl ein einzelner Fußgänger nicht zu tragen vermag. Wegen dieser Bestimmungen ist in letzter Zeit viel verstoßen worden. Die Eisenbahnverwaltung hat nun neuerdings bestimmt, daß die Traglast das Gewicht von 50 Kilogramm nicht überschreiten darf.

Steuervordrucke als Einwickelpapier. Nach einer Mitteilung des Leipziger Finanzamts gibt es Leute, die der Papiernot dadurch abzuhehlen suchen, daß sie sich nach Belieben bei beschiedenen Dienststellen Steuervordrucke geben lassen und diese zu Einwickelpapier verwenden.

nicht, wie im Testament ursprünglich bestimmt war, von der Erbin verkauft, sondern unter der Leitung des ersten Gejellen, des Hermann Henze, weitergeführt werden.

„Hermann Henze, dem ich mein volles Vertrauen entgegenbringe, und den ich vorschlage, mit fünf und zwanzig Prozent am Gewinn zu beteiligen, ist als Geschäftsführer der Erbin anzusehen, bis er selber so weit ist, die Schmiede durch Kauf an sich zu bringen und die Witwe auszusahlen.“

„Dem ich mein volles Vertrauen entgegenbringe — weiter hatte Hermann nichts gehört. Volles Vertrauen — und er, was hatte er getan?! Er stand und starb sich nieder. Er merkte nicht, daß sie ihn alle ansahen: was sagte der Gefelle dazu? Er sagte nichts.“

Der Notar räusperte sich. Noch immer keine Neuerung? Da trat die Witwe vor Henze hin, sie sagte nach der Hand ihres bewährten Gejellen: „Herr Henze, nun? Wollen Sie den letzten Wunsch des Meisters — des Toten — Sie bewirkte sich — „meines armen Mannes erfüllen? Kann ich auf Ihren Weisheit rechnen?“

„Ja.“ —
Wenige Wochen danach kündigte der zweite Gefelle. Es sagte ihm nicht mehr, dem untergeordnet zu sein, mit dem er vorher als Gleichberechtigter gearbeitet hatte. Auch der andere Gefelle sagte auf. Selbst der Lehrling blieb nicht; er ließ sich vom Vater unter irgendeiner Ausrede fortnehmen. Hermann hätte ihn zwingen können, zu bleiben, die vier Jahre Lehrlingszeit waren noch nicht um; aber das fiel ihm nicht ein. Möchten sie alle hingehen, wo der Pfeffer wächst! Er brauchte keinen; er wurde, wenn's not tat, auch ganz allein fertig.

Er arbeitete fieberhaft, mit einer Hingabe an das Geschäft, daß Gottlieb genug zu reden hatte: „Man rich zu doll, rich zu doll. Verschmauß Du man! Der Mensch muß doch auch mal stillstehn, sonst verliert er zu früh die Lust!“

Auch die Aine, das Dienstmädchen, auf das Frau Schelle große Stücke gehalten hatte, zog ab, dem zweiten Gefellen nach. Ein neues Mädchen zog zu. Lauter neue Gesichter im Haus.

Nur die Majunkle blieb oben in ihrer Manjarde hocken; die Madam drängte sie mit der Miete auch nicht. Auf die war sie überhaupt sehr gut zu sprechen. Die Meisterin gab ihr die weichen Pantoffel des alten Meisters, in denen konnte sie so ungehindert schlendern; und vom Eisen blieb auch immer etwas übrig, das schickte ihr die Meisterin durch Gottlieb hinauf. Ach, ach, eine liebe Dame, eine mildbherzige Dame! Seit die den alten Griesgram unter der Erde hatte, wachte die sich gar nicht genug mit Gutes tun!

Die Majunkle laufte scharf nach unten; aber von dem Gläserlingen zu der Stunde, in der andre schon schlafen und hinter die zugewogenen Vorhänge selbst nicht Mond noch Sterne hineinblinzeln können, von dem gedämpften Lauden und dem dem Schweigen, das berechter ist als Stimmen, von alledem war jetzt nichts mehr zu hören.

Wie eine Schnecke in ihrem Gehäuse lebte Schelles Witwe, selten, daß man sie einmal sah. Und dann ging sie ganz verummumt in ihrem schwarzen Kleid und ihrem schwarzen Longschal, der schwarze Schleier hing ihr übers Gesicht. Durch Gottlieb ließ sie sich das Ansehensbuch aus dem Privatkontor herüberholen, von Rechnungen und Quittungen nur das, was unbedingt nötig war; sie selber betrat das Privatkontor nicht.

Darin sah jetzt Hermann, und wenn er nicht zurechtfinden konnte, dann rief er sich Gottlieb; der wachte Wache. Die Meisterin zeigte wenig Interesse mehr für das Geschäft; sie kam nie mehr auf den Hof und sah sich's Beschlagen an. Und Hermann forderte sie auch nicht auf dazu; auch nicht dazu, mit ihm etwas zu beraten. Er wachte schon allein, was er zu tun hatte, er besorgte das Geschäft nach Pflicht und Recht, er verstand mit allen Kunden, sowohl mit den Bauern vorm Tor als mit den adligen Herren, mit Kärnern und Offizieren gleich gut umzugehen.

Es war ein früher Zug in die Schmiede gekommen, das merkte man an dem, was geleistet wurde, und an dem, was bestellt wurde. Der Leiter des regen Betriebs hatte den Kopf so voll, er sah nicht mehr hinüber nach dem Vorderhaus.

(Fortsetzung folgt.)

Provinz und Umgegend.

Ratschläge für Teilnehmer am Jugendtag.

Für die Teilnehmer am Bezirksjugendtag in Burg werden folgende Ratschläge gegeben: Jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin müssen im Mundstuch unbedingt mitbringen: 1. Frühstücks-, Vesper- und Abendbrot für den ersten Pfingstfeiertag; wenn man kein Mittagbrot bestellt hat, auch dieses; 2. Wer Mittagessen bestellt hat, ein Eßgeschirr und einen Löffel; 3. Ein Handtuch, sofern er zwei Tage am Jugendtag teilnimmt; 4. Eine Rolldecke, wenn solche vorhanden ist; 5. Außerdem gehört zum Jugendtag fröhlicher Sinn und freudiges Herz.

Im Quartier muß darauf geachtet werden, daß die Taschen vor dem Schlafengehen entleert werden, damit nicht Uhren, Portemonnaies, Taschenuhren usw. im Stroh verlorengehen. Kommt alle nach Burg und laßt uns dort unser Pfingstfest nach unserer Art begehen.

Frei Heißt

Der Vorstand des Bezirksverbandes der Arbeiter-Jugendvereine im Bezirk Mittelelbe.

Parteinachrichten.

Diesdorf. Ratschlagkommission und Parteidelegierte. Seite Freitag abend 8 Uhr Sitzung bei Blume. 1389

Kreis Wanzleben.

Groß-Ottersleben, 13. Mai. (Lebensmittelferkau) In den bekannten Verkaufsstellen am Sonnabend den 14. Mai: 100 Gramm Butter auf Nr. 28 der Fettkarte zu 4 Mark, 1/2 Pfund Kasein zu 2,10 Mark, 4 Rollen Zwieback je 1,95 Mark.

Kreis Zerichow 1 und 2.

Burg, 13. Mai. (Stadtverordneten-Sitzung.) Wie fast in allen Sitzungen standen auch diesmal wieder verschiedene Geldbewilligungen auf der Tagesordnung; da die Notwendigkeit in allen Punkten vorlag, konnte man sich der Bewilligung nicht verschließen, und so ergibt sich wieder für die Stadt eine recht stattliche Summe von Ausgaben, für die eine Deckung so gut wie gar nicht vorhanden ist. Einstimmig wurde beschlossen, der Volkshochschule 4000 Mark für 1921 zur Verfügung zu stellen. Unsere Genossen gaben zu dieser Bewilligung ihre Zustimmung gern, da doch die Volkshochschule vor allem dazu geschaffen ist, die Kenntnisse und die Bildung der Arbeiterklasse zu fördern. Leider wird von dieser Einrichtung von Arbeitern noch sehr wenig Gebrauch gemacht. In dieser Beziehung muß unbedingt eine Besserung eintreten, wenn die bewilligte Unterstützung nutzbringend sein soll. Notwendig machte sich die Anschaffung von Büchern für die Krippe, für die städtischen Armen usw., wofür ein Betrag von 6000 Mark ausgeschrieben wurde; auch ein beantragter Zuschuß von 600 Mark zu den Kosten einer nur für drei tuberkulöse Kinder fand die Zustimmung der Versammlung. Eine Gefahr für die Badenden besteht der Zustand der Mückenkegelzellen in der Männer-Badeanstalt. Für deren Instandhaltung wird ein Betrag von etwa 3000 Mark bereitgestellt. Einen recht eigenartigen Eindruck machte es, als der Berichterstatter zu dieser Angelegenheit das Referat nicht zu Ende führte, weil der Stadtverordnetenvorsteher ihn hat, zur Sache und nicht zum Neubau einer Badeanstalt zu sprechen, womit vom Vorsteher eine stundenlange nutzlose Debatte über diese Angelegenheit vermieden werden sollte. Dieser bürgerliche Herr glaubt jedenfalls, damit eine Hebelarbeit vollbracht zu haben. Mit derartigen Rücksichtslosigkeiten kann man aber auch nach außen hin wenig Eindruck machen. Da ein Teil der städtischen Separationskarten in sehr defektem Zustand ist, wird deren Abzeichnung beschloffen und die erforderlichen Mittel bewilligt. Die Bewilligungen fanden dann in der geheimen Sitzung mit der Schaffung einer Anzahl halber und ganzer Schulgelehrten ihr Ende. Da eine Stadt aber unmöglich immer nur Geld ausgeben kann, ohne für die nötige Deckung zu sorgen, mußte eine Anzahl neuer Steuern und Erhöhungen bsm. Neuhebungen von Gebühren beschloffen werden. So wurde die Ordnung über die Erhebung der Lichterzwecksteuer geändert und die Steuerbeträge für kinematographische und karnevalsartige Veranstaltungen verdoppelt, für andere Vergünstigungen wesentlich erhöht. Eine Jagdsteuer soll erhoben werden, und zwar mit 50 Prozent des Zinses oder der Pacht. Auf das Halten von Kraftfahrzeugen, Luxuspendeln und -wagen soll eine Steuer von 500 bis 2000 Mark gelegt werden, ferner für Klaviere, Flügel und Harmonien eine solche von 30 bis 60 Mark. Von bürgerlicher Seite wurde gewünscht, auch bessere Sprechapparate zu beschaffen; man wird wohl demnächst auch mit einer solchen Vorlage zu rechnen haben. Diese Arten von Steuern sind in vielen andern Städten bereits eingeführt. Da alle Steuern Härten mit sich bringen, wurde unsere Genossen die Zustimmung zu mancher Steuer nicht leicht, sie mußten sich aber angesichts der miserablen finanziellen Lage der Stadt fügen. Auch Abschnitten, Ausstellung von Duplikaten, Beglaubigungen und so weiter sollen in Zukunft nur Unbemittelten kostenfrei geliefert werden, sonst aber soll für sie eine Gebühr erhoben werden. Um den Etat des Schlachthofes einigermaßen balancieren zu können, wurde die Verpachtung der Gebührens befristet. Das Schulgeld für die Mittelschulen wird in Zukunft 240 Mark im Jahre betragen. Ferner soll die Neuwahl des Vorstandes der gewerkschaftlichen Fortbildungsschulen vorgeschrieben werden, da die jetzige Zusammensetzung nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Als Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung wird Genosse Müller gewählt. Um der Wohnungsnot wenigstens etwas zu steuern, beabsichtigt die Baugenossenschaft Burg an der Nordseite der Kaiser-Wilhelm-Straße fünf Wohnhäuser möglichst noch in diesem Jahre zu erbauen. Einem Gesuch um Ueberlassung von Baugelände an genannter Straße wird ersprochen, und zwar in einer Tiefe von 30 Metern. Es wurde jedoch daran die Bedingung geknüpft, daß die neuerhehenden Wohnungen zu vier Zimmern zur Verfügung des Wohnungsamts bleiben müssen, während ein Zünftel an Mitglieder der Baugenossenschaft vergeben werden kann. Die Entschädigungsfrage soll später geregelt werden, es ist jedoch anzunehmen, daß die Stadt weitestgehendes Entgegenkommen zeigen wird, da der Bau von Wohnungen ja im allgemeinen Interesse liegt. Eine Anfrage, ob der Stadt die Kaufkostenüberwälzungszuschüsse seitens des Staates für bereits ausgeführte Bauten gezahlt werden, wird bejaht, jedoch ersucht die schlechte Finanzlage der Stadt bei dieser Gelegenheit nochmal eine Beleuchtung, als erklärt werden muß, daß die 12-Millionen-Anleihe bereits aufgebraucht sei und man wieder mit neuen Vorjahren arbeiten. Trotzdem konnte man sich der Notwendigkeit, daß auf dem Gebiete des Wohnungsbaues etwas geschehen müsse, nicht verschließen, und stellte das gewünschte Gelände zur Verfügung.

W. Pfannkuch & Co.

Verlag der „Volksstimme“, Buchdruckerei, Buchhandlung.

Gommern, 13. Mai. (Das Bedürfnis nach sportlicher Betätigung) macht sich auch in unserer Stadt immer stärker bemerkbar. Der Mangel eines geeigneten Sportplatzes wirkt daher auf alle Sportfreunde recht empfindlich. In der Zeit ist es aber gelungen, vom Pächter des ehemaligen Sportplatzes ein Gelände an der Chaussee nach Pöhlitz zu pachten. Allerdings mußte dieser Platz erst hergerichtet werden, und manchen Schweißtropfen haben die Sportgenossen unter Aufopferung ihrer freien Zeit beim Baumwurzelroden, Bodenabtragen, Sträucherbeseitigen und ähnlichem verloren. Jetzt ist aber der Platz so weit fertig, daß er eine gleichmäßige Decke erhalten soll. Das erforderliche Material kann in der Nähe des Platzes entnommen werden. Nun wurde aber der Steinbruchbesitzer E. Schröder, den die Sportfreunde, zur Erleichterung des Transports des Deckmaterials, um teilweise Ueberlassung von einigen Metern Geländestreifen und ein paar Klippfelsen gebeten hatten, auf den Zweck der ganzen Arbeit aufmerksam. Nachdem er anfänglich zugestimmt hatte, schrieb er an die Sportgenossen folgendes: „Erst durch Ihre Bitte, Ihren Loren und Gleise zur Verfügung zu stellen, erfuhr ich, daß Sie das mir gegenüberliegende Gelände zum Sportplatz ausbauen wollen. Da ich bereits im Jahre 1918 mit Herrn Oberförster Wörner Rücksprache zwecks Kaufs dieses Geländes geführt habe, kann ich Ihnen die verlangten Materialien zum Ausbau dieses Platzes leider nicht zur Verfügung stellen.“ Die Arbeiterportler sind zufrieden, einen Platz zu besitzen, den sie mit großer Mühe und persönlichen Opfern fast fertig ausgebaut haben, und jetzt glaubt der Steinbruchbesitzer Schröder die völlige Fertigstellung des Platzes hintertreiben zu können. Aber es wird ihm nichts helfen, der Platz wird auch ohne seine Unterstützung fertig. Gleise und Loren sind von anderer Seite bereitwillig zur Verfügung gestellt und Herr Schröder wird noch sehr oft die Freude haben, von seinem Feindes aus zu beobachten, wie unsere Arbeiterportler, nachdem sie tagsüber 8 Stunden lang im Dienste des Unternehmertums gestanden haben, zu ihrer Erholung und körperlichen Erleichterung Sport und Leibesübungen treiben.

Nach Errichtung eines Postfachamtes in Magdeburg sind wir mit unserem Konto diesem Amt unter

Nr. 122 Magdeburg

angeschlossen. Wir bitten alle unsere Geschäftsfreunde und Zeitungs-korrespondenten für die Zukunft, Beträge für uns auf dieses Konto überweisen zu wollen.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Wolmirstedt, 13. Mai. (Sozialdemokratischer Verein.) Eine reichhaltige Tagesordnung wies unsere Monatsversammlung auf. Die Abrechnung von der Kasse gab Genosse Meier; sie zeigte ein gutes Ergebnis. Zu der am 12. Juni tagenden Unterbezirkskonferenz wurden die Genossen Duldardt und Niels als Delegierte gewählt. Im unklaren Kritiker entgegneten zu können, gab Genosse Horne man genaues Bericht von dem Holzverkauf der Stadt. Es ist ein Ueberfluß von 100 Mark vorhanden. Den Stadtverordneten-Bericht gab Genosse John. Hervorzuheben ist die Kassenfrage. Der Kaufpreis soll sich nach den bisherigen Verhandlungen für den Morgen auf 5000 Mark stellen, wogegen der Pachtpreis für ein Hektar 200 Mark betragen soll. Eine Kommission ist eingesetzt, um preisregulierend zu wirken. Genosse Reindorf berichtete über die Wohnungs-kommission. Den 150 Wohnungensuchenden ein anständiges Unterkunft zu verschaffen, ist wahrlich keine leichte Aufgabe. Aus der teils sehr erregten Debatte ging hervor, daß die Beihilfe des Mitteilungsamts von der Polizeibehörde nicht ausgeführt werden. Es muß in dieser Beziehung unbedingt einwandfrei und energig durchgeführt werden. Dem Jugendbund wurde eine Summe von 150 Mark überwiesen. In der nächsten Monats-versammlung sollen die Vorarbeiten zur kommenden Stadtverordneten-Wahl in Angriff genommen werden. Als Referent ist Genosse Duldardt bestimmt.

Kreis Kalbe.

Schönebeck, 13. Mai. (Naturfreunde.) Arbeiter, Angestellte, Diensten und Mädel von Schönebeck und Umgegend, die gewillt sind, sich dem Touristenverein die Naturfreunde anzuschließen, erhalten nähere Auskunft bei Karl Senne, Baderstraße 42. Dieser Touristen-Organisation ist vor 25 Jahren von alten Sozialdemokraten gegründet worden und hat den Zweck, das schaffende Proletariat nach einer Woche Arbeit hinaus ins Freie zu führen, denn viele junge Leute verbringen ihre freie Zeit in unglücklichen Tanzlokalen und schädigen sich somit an Körper und Geist. Wo hinein in den Touristenverein!

Stadtfurt, 13. Mai. (Protestberjammlung.) Die freien Gewerkschaften hielten eine öffentliche Angeestellten-Versammlung ab, in der Gauleiter Kühne (Magdeburg) über „Der Achtstundentag in Gefahr“ sprach. Im Anschluß daran kam es zu einer lebhaften Besprechung über den 6-Uhr-Adenschuß und die Arbeitszeit der Angestellten auf dem Rathaus. Folgende Entschloßung fand einstimmig Annahme. Protestberjammlung der freigewerkschaftlichen Angestellten nimmt mit Empörung davon Kenntnis, daß das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter ausgearbeitet hat, der eine Verringerung des Achtstundentags bedeutet. Die Angestellten setzen durch diesen Gesetzentwurf auch ihren Achtstundentag bedroht, um so mehr, als die Trennung von Arbeitern und Angestellten bei der gesetzlichen Regelung nur dem

Willen entsprungen ist, den Achtstundentag für die Angestellten vollständig zu beseitigen. Die Angestellten bestehen nach wie vor auf einer gemeinsamen gesetzlichen Regelung. Eine solche muß jedoch alle Fragen der Arbeitszeit umschließen, damit eine klare Ueberblick gewährleistet ist und eine leichte Eingliederung in das Arbeitsgesetzbuch erfolgen kann. Aus diesen Gründen fordern die Versammelten: 1. den Achtstundentag, 2. den sechsährigen Schulschluß, 3. die vollständige Sonntagsruhe, 4. den gesetzlichen Anspruch auf Urlaub, und zwar: nach 6 Monaten Tätigkeit 14 Tage, nach 3 Berufsjahren 3 Wochen, nach 5 Berufsjahren 4 Wochen.“ Das Gewerkschaftsstatut stellt sich hinter die Forderungen der Angestellten, um diese zur Durchführung zu bringen.

Stadtfurt, 13. Mai. (Freiwilliger Tod.) Der 38jährige Fabrikarbeiter Otto R. aus Stadtfurt hat sich am Mittwoch in der Laube seines am Mühlensteher Wege befindlichen Schrebergartens erschossen. Er hinterläßt eine Frau und vier Kinder. Die Ursache zu dieser bedauerlichen Tat dürfte in einem Nervenzusammenbruch aus Furcht vor geistiger Ummachtung zu suchen sein. Bei dem Toten wurde noch ein Abschiedsbrief an seine Frau und Kinder gefunden. — Diebstahl. Aus einer Wohnung in der Bobestraße wurde ein Deckbett gestohlen. In der Wohnung, die im Erdgeschoß liegt, standen die Fenster des Schlafzimmers an der Straßenseite bis zum Spätabend offen. Erst als die Bewohner sich schlafen legen wollten, bemerkten sie den Diebstahl.

Kreis Quedlinburg-Ufcherleben.

Ufcherleben, 13. Mai. (Eine Sitzung der Parteifunktionsäre) fand am 10. Mai statt. Lehrer Genosse Schneider sprach über Volksschulfragen, insbesondere über die beabsichtigte Erhebung der Klassenstaffel bei den Volksschulen. Es beteiligten sich an der Aussprache die Genossen Kluis, Wörner, Apelt, Grohmann, Greiner und Genossin Pehold. Endgültige Stellung soll in der Elternversammlung genommen werden. Weiter wurde über eine abzuhaltende öffentliche Volksversammlung und eine Hausagitation für Partei und „Volksstimme“ gesprochen. — Der Lehrerberein wandte sich in einer außerordentlichen Versammlung ebenfalls gegen die Zusammenlegung von Volksschulklassen und verlangte die sofortige Rücknahme der Anordnung des Magistrats. — Die Schulwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft protestierte in einer Versammlung gegen die beabsichtigte Belegung der Mittelschule mit Wannschaff der „Schupo“. Den gleichen Protest erhob auch eine Versammlung der Eltern der Anaberenmittelschule. Die vielen Unterbrechungen des Unterrichts an der genannten Schule seien sehr nachteilig. Man sprach ernsthaft vom Schulstreik im Falle der Durchsetzung der Absichten des Magistrats usw. Inzwischen ist bereits das Offizierskommando der 2. Hundertschaft der Schupo aus Hettstedt eingetroffen. Es wurden zwecks Beschlagnahme die Räume der Margaretenschule beschlagnahmt. — Die Theatersaison im Besthornhaus ist zum vorläufigen Abschluß gekommen. Es werden aber auch im Sommer, zwar nicht regelmäßig, aber ab und zu, Vorstellungen des Friedrich-Theaters aus Dessau und des Stadttheaters aus Bernburg stattfinden.

Kleine Chronik.

Schweres Eisenbahnunglück. Auf dem Bahnhof in Berne ereignete sich am Freitag früh zwischen 6 und 7 Uhr ein schmerzliches Eisenbahnunglück. Der aus der Richtung Quedlinburg kommende Personenzug stieß auf dem im Bahnhof haltenden Postzug, wobei sich die Lokomotive tief in den Postwagen einbohrte. Zahlreiche Wagen wurden zertrümmert. Nach den bisherigen Feststellungen sind zwei Personen schwer und sieben leicht verletzt worden. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

150 Waggons Flachs verbrannt. In einem Lagergebäude der Weberei-L. G. Pieder Orschel im Gischfeld, einer Zweigfabrik der Mechanischen Weberei Nemann in Nordhausen, brach ein Großfeuer aus, das 150 Waggons Flachs vollkommen vernichtete. Der Schaden ist, trotzdem die übrigen Fabrikgebäude gerettet werden konnten, außerordentlich groß, weil unersehbare Rohmaterialien verbrannt sind. Man vermutet Brandstiftung.

7000 Morgen Waldbestand abgebrannt. In den letzten Tagen haben Waldbrände von ungeheurer Ausdehnung die Waldungen in den Demarkungen von Eudenburg und Oidendorf verwüstet. Es sind etwa 7000 Morgen Waldbestand vernichtet worden.

Für 100 000 Mark Schmud geraubt. Am 12. Mai wurde die Witwe Luise Girich im Friedenau bei Berlin in ihrer Wohnung von zwei jungen Burchen überfallen, gefesselt und geknebelt. Nachdem durchsucht die Räuber die Wohnung und entwendeten für über 100 000 Mark Schmud und andere Wertgegenstände. Die Räuber sind dann unerkannt entkommen. Die Ueberfallene konnte nur eine sehr ungenaue Personenbeschreibung von ihnen geben.

Anschlag auf einen Protz. Als sich gestern nachmittag um 5.20 Uhr der Vorortzug 2008 auf der Fahrt zwischen Rummelsburg und dem Betriebshof befand, wurde von dem Laubengelände her auf den Zug, der dicht beieinander auf dem Schuss abgegeben. Die Angel durchschlug die Scheibe eines Wagens, ohne daß aber zum Glück einer der Fahrgäste verletzt wurde. Der Anschlag wurde sofort der Polizei gemeldet, und Beamte der Schutz- und der Kriminalpolizei suchten sofort das Laubengelände ab, ohne jedoch vom dem Schützen eine Spur zu finden.

Vereins-Kalender.

Wird mit gegen Vorauszahlung, die Stelle 50 Pfg. aufgenommen. Freiwilliger Jugendbund. Pfingsten Sonntag, Treffpunkt der Teilnehmer am Sonnabend abend 6 1/2 Uhr vor dem Hauptbahnhof. — Nichtteilnehmer können sich am 2. Pfingstfeiertag morgens 8 Uhr auf dem Alten Markt treffen.

Wasserstände.

Table with 5 columns: Location, Water level change, Date, Location, Water level change. Includes entries for Dardubitz, Brandeis, Dönnitz, etc.

Wettervorhersage.

Sonnabend den 14. Mai: Zellweise wolkig, warm, vielerorts Gewitter.

Unsre heutigen billigen Preise

| | | |
|--------------------------------|--|--------------|
| Schmalz | feinstes weißes nordamerikanisches Pure Lard aus frischen Kalbfleisch, keine Lagerware Pf. | 10.00 |
| Rosofett | lofe Pfund | 9.00 |
| Speiseöl | feinstes Pf. 850 | 8.50 |
| Rüböl | Pf. 700 | 7.00 |
| Mohnöl | Pf. 1000 | 10.00 |
| Margarine Zida | feinste Pflanzenbutter-Margarine . Pfund-Paket | 11.00 |
| Margarine Extramarke | herbortragend feine Ware . Pfund | 8.00 |
| Margarine I | für Bad- und Bratzwecke Pfund | 7.50 |
| Corned beef | Pfund | 6.50 |
| Käse | dänischer Goudaläse Pfund | 15.00 |
| Milch | londenferierte gesüdete Vollmilch Dose | 8.20 |
| Sahne | dänische Dose | 6.40 |
| Halberstädter Würstchen | Paar | 2.80 |
| Reis | aus reinem Weizenmehl 1/4 Pf.-Paket | 1.80 |
| Zwieback | aus reinem Weizenmehl 1/4 Pf.-Paket | 1.95 |
| Rafao Extramarke | 1/4 Pfund | 4.50 |
| Rafao Rosmos | 1/4 Pfund | 4.00 |
| Rafao Nr. 4, 5 und 6 | 1/4 Pfund | 3.00 |
| Schokoladen | höchste Tafel-Schmelz-Schokoladen 100-Gr.-Tafel | 4.20 |
| Crema-Schokolade | 100-Gr.-Tafel | 4.20 |
| Raffee | frisch geröstet Nr. 6 1/4 Pfund | 5.00 |
| | keine Qualitäten Nr. 5 1/4 " " | 5.50 |
| | Nr. 3 1/4 " " | 6.50 |
| | Nr. 1 1/4 " " | 7.50 |
| Reis | Bruch-Reis Nr. 3 Pfund | 2.20 |
| | " " 4 " " | 2.00 |
| | " " 5 (Küken-Reis) " " | 1.80 |
| | feiner Tafel-Voll-Reis Pfund | 2.40 |

Waren = Verein

G. m. b. H.
Hauptkontor, Fabrik- u. Lagerräume: Halberstädter Straße 12a

Verkaufsstellen:

| | | | |
|--|--|---|---|
| Altstadt: Bismarckstr. 11 Bismarckstr. 12 Königsplatz 101 Königsplatz 102 Königsplatz 103 Königsplatz 104 Königsplatz 105 Königsplatz 106 Königsplatz 107 Königsplatz 108 Königsplatz 109 Königsplatz 110 | Stiebelstadt: Berber: Eisenstr. 8 Königsplatz 11 Königsplatz 12 Königsplatz 13 Königsplatz 14 Königsplatz 15 Königsplatz 16 Königsplatz 17 Königsplatz 18 Königsplatz 19 Königsplatz 20 Königsplatz 21 Königsplatz 22 Königsplatz 23 Königsplatz 24 Königsplatz 25 Königsplatz 26 Königsplatz 27 Königsplatz 28 Königsplatz 29 Königsplatz 30 Königsplatz 31 Königsplatz 32 Königsplatz 33 Königsplatz 34 Königsplatz 35 Königsplatz 36 Königsplatz 37 Königsplatz 38 Königsplatz 39 Königsplatz 40 Königsplatz 41 Königsplatz 42 Königsplatz 43 Königsplatz 44 Königsplatz 45 Königsplatz 46 Königsplatz 47 Königsplatz 48 Königsplatz 49 Königsplatz 50 | Wilhelmstadt: Eisenstr. 1 Eisenstr. 2 Eisenstr. 3 Eisenstr. 4 Eisenstr. 5 Eisenstr. 6 Eisenstr. 7 Eisenstr. 8 Eisenstr. 9 Eisenstr. 10 Eisenstr. 11 Eisenstr. 12 Eisenstr. 13 Eisenstr. 14 Eisenstr. 15 Eisenstr. 16 Eisenstr. 17 Eisenstr. 18 Eisenstr. 19 Eisenstr. 20 Eisenstr. 21 Eisenstr. 22 Eisenstr. 23 Eisenstr. 24 Eisenstr. 25 Eisenstr. 26 Eisenstr. 27 Eisenstr. 28 Eisenstr. 29 Eisenstr. 30 Eisenstr. 31 Eisenstr. 32 Eisenstr. 33 Eisenstr. 34 Eisenstr. 35 Eisenstr. 36 Eisenstr. 37 Eisenstr. 38 Eisenstr. 39 Eisenstr. 40 Eisenstr. 41 Eisenstr. 42 Eisenstr. 43 Eisenstr. 44 Eisenstr. 45 Eisenstr. 46 Eisenstr. 47 Eisenstr. 48 Eisenstr. 49 Eisenstr. 50 | Süd u. Ost: Schönebergstr. 1 Schönebergstr. 2 Schönebergstr. 3 Schönebergstr. 4 Schönebergstr. 5 Schönebergstr. 6 Schönebergstr. 7 Schönebergstr. 8 Schönebergstr. 9 Schönebergstr. 10 Schönebergstr. 11 Schönebergstr. 12 Schönebergstr. 13 Schönebergstr. 14 Schönebergstr. 15 Schönebergstr. 16 Schönebergstr. 17 Schönebergstr. 18 Schönebergstr. 19 Schönebergstr. 20 Schönebergstr. 21 Schönebergstr. 22 Schönebergstr. 23 Schönebergstr. 24 Schönebergstr. 25 Schönebergstr. 26 Schönebergstr. 27 Schönebergstr. 28 Schönebergstr. 29 Schönebergstr. 30 Schönebergstr. 31 Schönebergstr. 32 Schönebergstr. 33 Schönebergstr. 34 Schönebergstr. 35 Schönebergstr. 36 Schönebergstr. 37 Schönebergstr. 38 Schönebergstr. 39 Schönebergstr. 40 Schönebergstr. 41 Schönebergstr. 42 Schönebergstr. 43 Schönebergstr. 44 Schönebergstr. 45 Schönebergstr. 46 Schönebergstr. 47 Schönebergstr. 48 Schönebergstr. 49 Schönebergstr. 50 |
|--|--|---|---|

Infolge der durch die Einfuhrabgabe zu erwartenden neuen Preissteigerung empfehlen wir unserer verehrten Kundschaft, sich noch rechtzeitig für eine gewisse Zeit einzudecken, und wir offerieren infolgedessen äußerst preiswert wie folgt: 1480

| | |
|---|--------------|
| Setten Speck Sorte 1 pro Pfund | 7.50 |
| Setten Speck Sorte 2 pro Pfund | 8.50 |
| Setten Speck Sorte 3 pro Pfund | 10.50 |
| Auslands-Schweinefleisch pro Pfund | 9.00 |
| Gefalzener Schweineschinken pro Pfund | 9.00 |
| Rot- und Lebertwurst (Seiner Art in Holz-Boxen) pro Pfund | 3.75 |
| Rot- und Lebertwurst geräuchert, im Darm pro Pfund | 12.00 |

la. Speise-Mindertalg pro Pfund **9.00**
zum Braten und Backen zum Pfingstfest empfehlen wir denselben der ganz besondern Beachtung der verehrten Kundschaft.

Verkaufsstellen:
Hauptstraße 1, bei Spengler & Mehenmacher
Ottenbergstraße 17, bei Delze
Neustädter Straße 4, bei Braun
Wolkenbüttler Straße 7, bei Mund und
Stettiner Straße 5, bei Meier.

Verleihinstitut für einige Tage! Ein Gegenstand zu geben, weit unter dem Tagespreis
von 1256
Gesellsch. = Anzügen
Möbes,
Tischlerstraße Nr. 15/16
Fernsprecher 8885.

Auf 1569
Kredit
und gegen bar erhalten Sie
Herren u. Damen-Anzüge, Damen-Mäntel, Kostüme, Kostümsätze, Blusen, Mantelkleider, Sommerkleider, Seidenmäntel, gestricke Jacken, Schotten, Bettbezüge, weiß und bunt, Herren- und Damenwäsche bei
S. Margulies
Breiteweg 80/81, I
(Eingang Katharinenstraße).
Geöffnet von 9 bis 12 und 2 bis 6 Uhr.
Sonntags bis 7 Uhr.

Empfehle Sonntagabend frisch:
Schellisch Pfund 1.25
Rabeljan Pfund 1.50
Brafen, Pissen, Bratfische, Hechte, lebende Koteletts und Schleie.
Berta Weiß, Große Junterstraße 8.
Markthand an den Kolonnaden.

Wirkames Hühneraugenmittel
in flüssiger Form
CORNUCOLL
HOF-APOTHEKE
BREITWEG 156

Fahren
alles Art erledigen sofort
Blano Radler, Schönebergstr. 5
Telephon 5258 und 2475. [1360]

Möbeltransporte
innerhalb der Stadt, über Land vom per Bahn ohne jede Umladung führt billigst aus
Ernst Funke
jetzt Bucken, An d. Elbe 8.
Telephon Nr. 4400. 1258

66 Prologe
für Arbeiterfeste
von
Graf Prezang
Preis Nr. 6.00
empfehl.
Volkstimme
Große Wriezstraße 2.

Zum Pfingstfest!
Cigarren
Cigaretten preiswert
Tabake
Tobak, Pico, Reischule, Salem, Graf Arco, Gleipner, Dohm usw. wieder am Lager.
Cigarren in altbekannter Güte und Qualität ab 45 Pfennig
Marke Fernruf } Schlager
Marke Castro } für
Marke Bürgerfreund } I Mart

J. Anauel & Bessel
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen
Kontor: Frankstr. 4. — Fernsprecher 3370.
Alte Ulrichstr. 12 Eingang im Gang neben den Fischhallen.
Goldschmiedebrücke Ecke Bäckerplatz.
Berliner Str. 20 Nähe Wilhelm-Theater.
Gr. Wühlstr. 1a Nähe Jakobstraße.
Neustädter Str. 3a (Friseur Schwarz).
Lüneburger Str. 5a (H. Genschel).
Gr. Diesdorfer Str. 245 Nähe Kaiser-Friedrich-Straße (Nur Königsmarkt).
St. Diesdorfer Str. 27 (H. Fiebig).
Olvenstedter Str. 27 Ecke Schillerstraße (H. Pfeffer).
Kottbusdorfer Str. Ecke Schönhauser Straße (H. Gielaff).
Kruppstr. 24 Südfront-Drogerie (Thäl).
Rene Str. 12 (August Steffens).
Sieverstorfer 40 (Restaur. „Zum Ambo“).
Salzwedel, Salzstraße 3.

Der kluge Mann... greift zu:

Einem Sommer-Anzug von Esders
Spezialpreise Mark 390.— 545.— 750.— 890.— 940.—

Einem Sommer-Paletot von Esders
Spezialpreise Mark 325.— 525.— 675.— 790.— 925.—

Einem Regenmantel von Esders
Spezialpreise . . . Mark 325.— 475.— 575.— 650.—

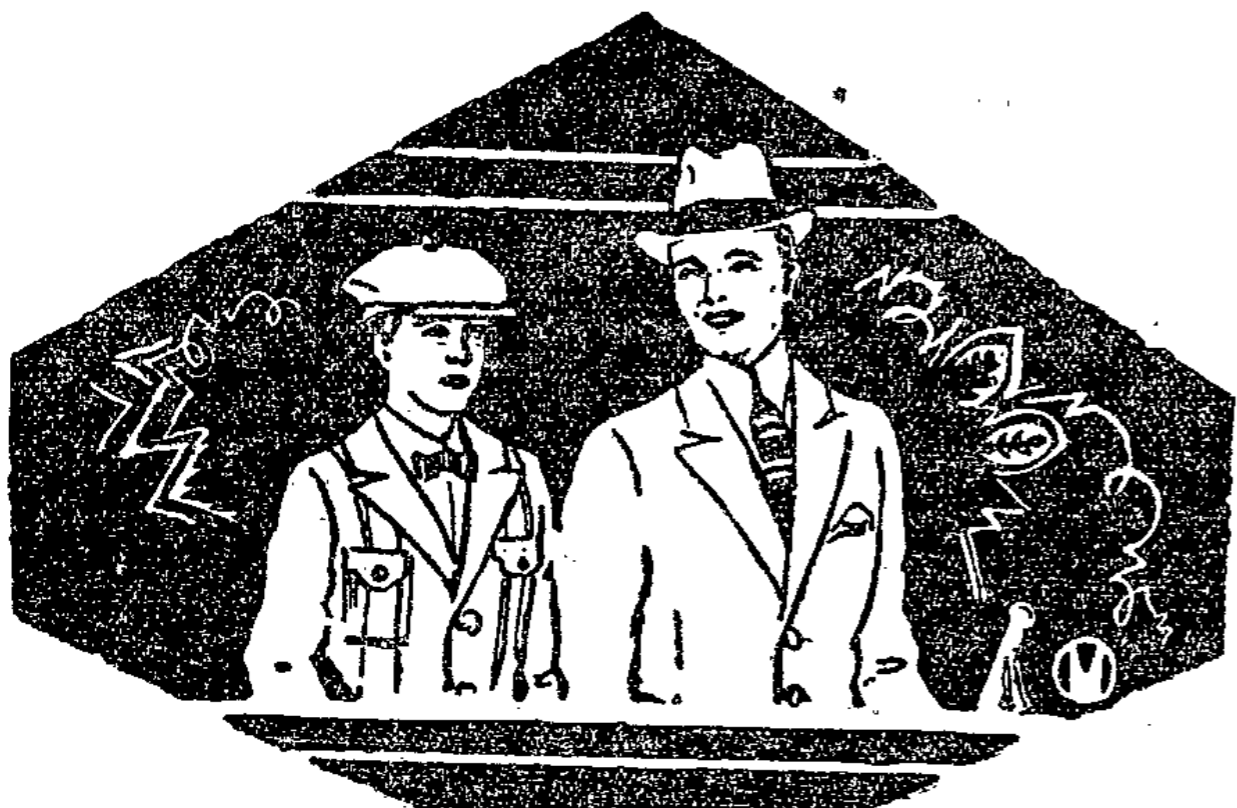
Einem Sport-Anzug von Esders
Spezialpreise . . . Mark 325.— 490.— 675.— 750.—

Einem Knaben-Anzug von Esders
Spezialpreise Mark 85.— 125.— 190.— 225.— 275.—

Einem Oberhemd von Esders
Spezialpreise . . . Mark 82.— 90.— 110.— 120.—

Einem Herren-Strohhut von Esders
Spezialpreise . . . Mark 31.— 36.— 42.— 48.—

Einem Knaben-Strohhut von Esders
Spezialpreise . . . Mark 6.50 9.— 12.50 15.—



Magdeburg

Breitweg 45/47

Möbel

in 5 Etagen!
Auf Wunsch bequemste
Zahlungsmöglichkeit

Wichtige Ausstattung.
Komplett.
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Aparthe Küchen
Einzel-Möbel
Verkauf zu bekannt
billigen Preisen.

Spezialhandl. f. Möbel-
Ausstattungen

Friedländer

Magdeburg
Alte Ulrichstr. 11
Begründet 1872
Versand nach allen Orten.
Kostenlose Lagerung bis
zur Abnahme. 102

Billige

Mützen

auch im Einzelverkauf zu
Fabrikpreisen. 1255

Albert Pillar,
Mützenfabrik, Kronprinzenstraße 8
Haus für links, kein Laden.

Firniss

gar. reine Feinölware
pro Liter 14.50 Mk.
sowie Lacke u. Farben
bei Farbverläufen billiger

Fritz Goerliche
1259 Lackfabrik
Magdeburg, Döben-
felder Straße 25.
Tel. 7204.

Gegen Würmer!

Spul- und Madenwürmer
wirksame Spezialmittel
für Erwachsene und
Kinder. 1294

Hof-Apothek
Breitweg Nr. 158
am Ulrichsbecken.

Spotbillige Pfingstangebote!!

| Sonnabend | Sonnabend |
|---|-------------------------|
| 1 Posten Normalhemden mit doppelter Brust | Stück 37.00 |
| 1 Posten Matohemden geblickt | Stück 24.50 |
| 1 Posten Beinkleider | Stück 14.50 |
| 1 Posten Damen-Hemden | Stück 27.50 24.50 19.75 |
| 1 Posten Schürzen mit Träger | Stück 27.50 |
| 1 Posten Wappschürzen | Stück 18.50 |
| 1 Posten Herrenkoffhojen | Stück 25.00 65.00 |

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe
Jakobstr. 8 (Zw. : 1. Schetzer) Ecke Petersberg.

S. Gutmann, Magdeburg

Wäsche- und Aussteuer-Geschäft
Kaiserstraße 98-99
Eingang:
Alte Ulrichstraße
Telephon 1255

empfehlen in nur allerbesten Qualitäten
zu sehr billigen Preisen
Fertige Bettbezüge
mit 2 Kissen 1814
Fertige Bettlaken
Ueberschlaglaken
mit passenden Kissen
Fertige Bettinlette
garantiert federleicht und echtfarbig

Hemdentuche fein- und
mittelfädig
Meter Mk. 10.50 13.50 16.50

Schlafzimmer
und Küchen
sehr billig zu verkaufen
Meinere Fischermeister
Marktstr. 7
gegenüber d. Altstadt Krankenhaus.

Billige
böhmische
Bett-
federn!

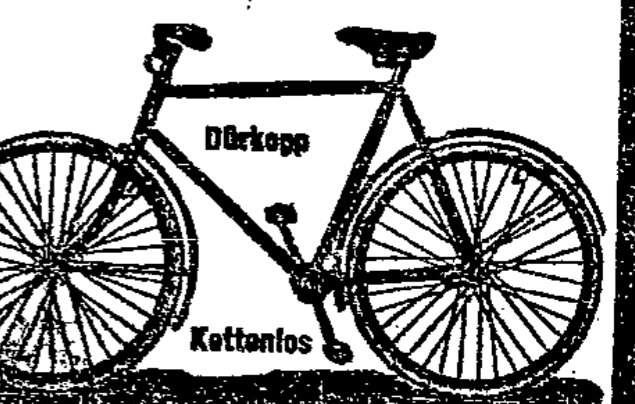
1 Kilogr. graue, geschliffene
Bett. 25.00, weiße Bett. 40.00,
bessere Bett. 50.00, baum-
weiße Bett. 60.00, Bett. 80.00,
beste Bett. 100.00 und
Bett. 120.00. Versand franco,
Koffer frei, Austausch und
Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachtel, Lobos
Nr. 132, bei Pilsen (Böhmen)

Die beliebte
Wagner-Zigarre
Stück i. 20 Mk.
in altbekannter Güte
ist wieder eingetroffen
Hans Ahlemann
Große Mängstraße 14
(neuaufgebautes Laden). 496

Der vorstehige und erfahrene Radfahrer kauft keine Phantasiemarke, sondern wählt

Original DÜRKOPP

welcher Name die weitestgehende Garantie leistet.
Wer mit seinem Rade nicht zufrieden war, wen
der Lauf, die Form oder die Zuverlässigkeit
seiner Maschine nicht befriedigt, wer sich vor
Aerger schützen möchte und die Vollendung
des Rades heischen will, der wähle Dürkopp
Kettelos. Der spielende Lauf macht das Fahren
zur Lust.



General-vertreter Ed. Dietzsch Berliner Str. 30/31. Telephon Nr. 7481.

Bis Pfingsten

Um mit meinen großen Beständen zu räumen, verkaufe ich zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Damen-Mäntel
in modernsten Formen, aus guten Stoffen und
Seide . . . 110, 168, 248 bis 550 Mk.

Kostüme
elegante Formen, aus gutem Kammgarn, Cheviot und
andern Stoffen . . . 135, 215, 330, 430 bis 650 Mk.

Kostümröcke
modernste Formen, in schwarz, blau und farbig, aus
allen guten Stoffen . . . 35, 58, 98, 148 bis 250 Mk.

Blusen
reihende Muster aus Crêpe de Chine, Seide und
Vollestopfen . . . 24, 65, 128 bis 250 Mk.

Herren-Abteilung:
Anzüge
aus guten, tragfähigen Stoffen, mit guter Verarbeitung,
in Sport- und allen schickten Fassons
für Herren . . . 195, 280, 380, 480 bis 650 Mk.
für Knaben und Jungen . . . 95, 145, 250 bis 450 Mk.

Gestreifte Hosen
in allen schönen Mustern . . . 65, 130, 195 bis 230 Mk.

Sieverlings
Etagegeschäft, Jakobstraße 17. 1100

Neue Neustadt.

Zur gefl. Beachtung!
Sant Beschluß sind folgende Bedienungs-
preise festgesetzt: 498
Für Rasieren 1.00 Mk., Haarschneiden 3.00 Mk.
Die selbständ. Friseur Neue Neustadt

empfehlen
Buchhandl.
Volksstimme.

Zum Pfingstfest!

ein- und zweireihig, Sportformen, blau Kammgarn und Cheviot, 350 bis 1050 Mark.

Herren-Sommermäntel

Schlüpfen, Covercoat-Paletots und Paletots in marengo.

Hermann Günsehe, Burg

Schartauer Straße 5 1077 Schartauer Straße 5

Zu Pfingsten

zeige ich in allen einschlägigen Abteilungen eine besonders große, gediegene Auswahl bei hervorragender Preiswürdigkeit!

Röcke · Blusen · Kleider



Bluse (laut Bild) aus gutem Vollwoile, mit einem Cabot, reich mit Valenciennespitze und Handblyfaum garniert 95.00

Herren-Artikel



- Herren-Wäsche
- Weiße Oberhemden
- Farbige Oberhemden
- Sporthemden
- Vorhemden
- Sportkragen
- Herren-Krawatten
- Hosenträger
- Taschentücher

Entzückende Neuheiten!

Besonders preiswert

- Waschbluse einfarbig und gemustert, Kimonoform M. 19.75
 - Batistbluse gestickt, mit farbiger Häutelei M. 29.50
 - Sportbluse aus weißem, festem Stoff, offen und geschlossen zu tragen. . . M. 39.50
 - Jabotbluse aus weißem Schleierstoff, reich mit Filletspitze garniert . . . M. 49.50
 - Sportbluse aus prima Panama, erstklassige Verarbeitung M. 59.00
 - Reversbluse aus weißem Schleierstoff, Rücken, Aermel u. Revers reich gestickt M. 69.00
 - Kimonobluse aus gutem weißem Vollwoile, Vorderteil handgestickt . . . M. 79.00
 - Jabotbluse weiß und rosa, reich mit Einfäsen und Filletspitze garniert . . M. 95.00
 - Kittelkleid aus hell- und dunkelgemustertem Washstoff M. 69.00
 - Waschkleid dunkelgemustert, mit farbigem Paspel garniert M. 89.00
 - Dirndkleider in vielen hübschen Mustern M. 98.50
 - Waschkleid in vielen hellen Farben, Taille mit farbiger Kurbellei. . . M. 158.00
 - Mantelkleid aus reinwollenem Cheviot, Rock ganz plüßiert. M. 298.00
- Besonders preiswert:**
- Vollwoilekleid weiß, mit 10 cm breiten, echten Filletspitzen und Sandstichen garniert M. 320.00
 - Ein Posten Waschkleider hell und dunkel gemustert M. 98.50
 - Ein Posten weiße Stickereikleider besonders preiswert M. 195.00
 - Kostüm Röcke in Frotta, Wolle und Seide, einfarbig und gestreift, in vielen modernen Ausführungen!
 - Sommer-Morgenröcke in vielen modernen, hellen und dunklen Mustern von M. 98.50 an

Bekannt vorteilhaft!

Strümpfe

Handschuhe

Konfektionierte Weißwaren

Großer Damen-Wäsche-Verkauf

Große Auswahl in Kinderkleidern

Große Auswahl in Strickjacken

Siegfried Cohn

Weberei-Waren.

Breiteweg 58-60.

Meyer Michaelis

Lederhandlung 1306
Ragdeburg, Große Marktstraße 16
gegründet 1864 Gerstraße 1424
Günstigste Bezugsquelle
für
Leder und sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel

Wer streichen will

verwendet am besten Prange's langjährig bewährten Fußbodenlack mit Farbe
Über Nacht streichen
schon am nächsten
Morgen
An Glanz und Haltbarkeit
keine Konkurrenz!



Pünktlichkeit

und die Fähigkeit, die Zeit zu nutzen, erfordert eine zuverlässige Uhr.

Kaufen Sie

daher nur gute, brauchbare deutsche Uhren. Die äußerst niedrig gestellten Preise sollen Ihnen die Anschaffung dieser drei Taschenuhren erleichtern.

Taschenuhren

- Rubicon** die gute deutsche Ge-
lunzschuhr, in kräftig
Ankerwerk in Nickelgehäuse,
Staubdeckel . . . nur Mark **80.-**
- Carones** in gefälliger Form, zu-
verlässig regulierendes
Ankerwerk, oxydiertes Stahl-
gehäuse . . . nur Mark **165.-**
- Qualitätsuhr** in
Edelstahl, in
elegantes oxydiertes Stahl-
gehäuse . . . nur Mark **225.-**

Generl. Garantie für jedes Stück.

Moosmann

n. d. Hauptpost
Moderne Uhren-Schmuck
gegr. 1872
Fernsprecher 395

Stener-Grillarungen fertigt H. Seeboldt, Seeboldtstraße 13, 13. 11. 13.

Konsum-Verein

für Magdeburg und Umgegend

E. G. m. b. H.

Breiteweg Nr. 56, I. Etage 133 Neuholdensleber Str. 7/8

Abt. Schuhwaren

- Herren-Schuhe Damen-Schuhe**
in braun und schwarz in braun und schwarz
- Damen-Halbschuhe**
mit Spange und zwei Schnüren, in weiß, braun
und schwarz
- Kinder-Schuhe**
in weiß, braun und schwarz
- 1 Posten Damen-Halbschuhe**
des Haus, alle Größen, 69.00 Mark.
- 1 Posten braune Segeltuchschuhe für Kinder**
sehr billig.

Abt. Herrenkonfektion

- Herren-Anzüge** von 195 Mk. an
- Burschen-Anzüge**
- Knaben-Anzüge**
- Gestreifte Hosen**
- Arbeits-Hosen** in Pilot, Manchester
u. gezwirnten Stoffen
- Sommer-Joppen**
in Loden und Leinen.

italienischen Offiziere fähig sind bei Durchführung ihrer Pflichten gezwungen, gegen die polnischen Aufständischen, die offen von den Franzosen unterstützt würden, eine Abstimmungsabstimmung zu organisieren.

Wie die Nachricht von dem angeblichen Abkommen zwischen den Polen und der Interalliierten Kommission auf die deutsche Bevölkerung wirkte, geht daraus hervor, daß in Oppeln am 12. Mai in den Mittagstunden der Generalfreikler erklärt wurde, der sofort mit aller Schärfe einsetzte, und der auch die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke umfaßt. Sämtliche Beamten haben sich der Streikbewegung angeschlossen. Am Nachmittag fand vor dem Regierungsgebäude eine Versammlung unter freiem Himmel statt. Im Anschluß daran begaben sich die Vertreter der deutschen politischen Parteien Oberschlesiens zum Generalle Nord, um von diesem unabweisliche Zusicherung über die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen zur Niederwerfung des Aufstandes zu erhalten.

Während des Verlaufs der zweistündigen Verhandlungen der Vertreter aller deutschen Parteien, einschließlich der Deutschen Nationalen und der Kommunisten, mit der Interalliierten Kommission hat Generalle Nord nochmals versichert, daß keinerlei Verhandlungen mit den polnischen Insurgenten stattgefunden hätten. Es hätte sich höchstens um örtliche Besprechungen zum Schutze der deutschen Bevölkerung und des deutschen Eigentums handeln können. Generalle Nord versicherte auch erneut, daß er Truppenverstärkungen angefordert habe. Auch ihm sei es am liebsten, wenn englische und italienische Truppen entsandt würden. Obwohl die Erklärung Generalle Nord nicht in allen Punkten befriedigte, glaubten die Führer der deutschen Parteien doch, von einer Fortführung des Generalfreikler Abstand nehmen zu sollen. Demgemäß wurde die Arbeit um 7 Uhr abends wieder voll aufgenommen.

Die Polen fahren inzwischen fort, die deutsche Bevölkerung zu terrorisieren, sie verbreiten auch ferner die Nachricht von einem getroffenen Abkommen. In dem von ihnen besetzten Gebiet haben sie den Belagerungszustand erklärt und zählen unter den mit Todesstrafe bedrohten Verbrechern auch die „Verständigung mit dem Feind“ auf.

Die Insurgenten unternahmen am Donnerstag einen Vorstoß aus der Gegend von Rosenberg. Es gelang ihnen, den Bahnhof Rudoba zu besetzen. In der Stadt Rosenberg wurden etwa 80 Geiseln von den Polen festgesetzt. Mehrere Güter wurden geplündert, darunter die staatliche Domäne Paulsdorf. Zahlreiche Ortsvorsteher der Landgemeinden sind verhaftet worden. Im Landkreis Neutichen werden Listen der deutsch gesinnten Oberschlesier aufgestellt, die sofort das Gebiet zu verlassen haben.

Ein 26-jähriger Arbeiter, der eine den Polen nicht gefallende Ausherrung tat, wurde von ihnen festgenommen und so lange mißhandelt, bis er tot war.

Die schönen Versicherungen des Generalle Nord werden durch die tatsächlichen Verhältnisse Lügen gestraft. In den von ihnen besetzten Gebieten herrschen die Aufständischen unumhüllbar. Erst wenn die Militär durch Truppenverstärkungen die Polen hinauswerfen und gemäß dem Abstimmungsresultat die Entscheidung über die Zugehörigkeit Oberschlesiens treffen, wird in Oberschlesien Ruhe und Frieden eintreten können.

Deutscher Reichstag.

105. Sitzung. Berlin, 12. Mai.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Thomae (Komm.) wegen Beleidigung, Unterschlagung und Meineids wird nach einem Antrag des Geschäftsausschusses nicht erteilt.

Ein schleuniger Antrag Hoffmann (Komm.) verlangt die sofortige Entlassung des Abg. Thomas (Komm.) aus der Strafhaft in der Gefangenanstalt Landsberg am Lech in Bayern.

Abg. Pröbner (Dem.) berichtet über die Verhandlungen des Geschäftsausschusses, der vorschlägt, dem Antrag die Zustimmung nicht zu erteilen. Thomas soll bei der Aufforderung zum Hochverrat und Umsturz der bestehenden Staatsform auf freier Lat ertappt sein. Wortmeldungen liegen nicht vor. Bei der Abstimmung bezweifelt Abg. Emminger (Bayr. Vp.) die Geschäftsfähigkeit des Hauses. (Hruis v. d. Komm.)

Präsident Lohse stellt fest, daß das Haus beschlußfähig ist und beantragt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später, auf 1½ Uhr, an.

Zweite Sitzung.

Präsident Lohse eröffnet die neue Sitzung um 2 Uhr. Man spricht die Tagesordnung geht auf den Bericht des Ausschusses über den Antrag Müller (Frankf. Soz.) betr. Abänderung der Verordnung über die Sondergerichte.

Abg. Madrud (Soz.) berichtet über die Ausschlußverhandlungen. Der Ausschluß schlägt eine Entschädigung vor. Danach sollen Jugendliche nur dann von Sondergerichten abgeurteilt werden, wenn ihre Straftat mit der von Erwachsenen im Zusammenhang steht. In Reichsgerichts- und Schwurgerichtssachen soll eine Verteidigung nötig sein. Die Einlassungsfrist soll von 24 Stunden auf 3 Tage erhöht werden. In allen Fällen ist eine Anklageschrift, wenn auch eine verkürzte, notwendig. Zum Schluß wird freier Verkehr der in Untersuchungshaft befindlichen mit ihrem Verteidiger verlangt. Der Ausschlußantrag wird ohne Erörterung einstimmig angenommen.

Das neue Gebührengesetz für die Auslandsbehörden geht an den Hauptauschluß. Der Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen.

Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, die Reichsregierung zu ersuchen, schleunigst einen Gesetzentwurf so zeitig vorzulegen, daß noch im Laufe des Frühjahrs eine Gesetzesvorlage betr. Ausgestaltung der Leistungen in der Wochenhilfe erfolgt.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit der Beamten.

Bei der Abstimmung über § 1 bezweifelt Abg. Hoffmann (Komm.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Präsident beantragt die nächste Sitzung auf 2 Uhr 15 Min. an. Tagesordnung: Petitionen.

Dritte Sitzung.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Min. Zahlreiche Mitschriften werden ohne Aussprache erledigt. Eine Eingabe betr. den Schutz des Saargebietes wird der Reichsregierung zur Beschädigung überwiesen.

Der Ausschluß zur Ausübung des Friedensvertrags wird baldmöglichst ein Weißbuch über die Lage im Saargebiet. Ein Antrag des Ausschusses zur Ausgestaltung der Leistungen in der Wochenhilfe erfolgt.

und Reichert (Dt.-natl.) werden die Anträge des Ausschusses angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Einem Antrag Simon (Unabh. Soz.) nach einem Gesetzentwurf auf Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung für 28 Wochen neu auf die Tagesordnung zu setzen, widersprechen die Abg. Schulz (Braunberg, Dt.-natl.) und Meißner (Dt. Vp.). Dem Antrag kann also nicht stattgegeben werden.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Dienstag den 21. Mai, nachm. 8 Uhr. Er erbittet die Ermächtigung, wenn die politischen Verhältnisse es notwendig machen, auch früher eine Sitzung einuberufen zu lassen.

Abg. Hoffmann (Komm.) beantragt, morgen eine Sitzung abzuhalten. (Weiterkeit.)

Abg. Schulz (Braunberg, Dt.-natl.): Angesichts der katastrophalen Lage sollte der Reichstag schon am 24. Mai wieder zusammenzutreten.

Das Haus beschließt sodann, die nächste Sitzung am 31. Mai 3 Uhr abzuhalten und den Präsidenten zu ermächtigen, gegebenenfalls früher eine Sitzung einuberufen zu lassen. Der Präsident schlägt vor, auf die Tagesordnung zu setzen das Gesetz über den Volkseinkauf, das Reichsgerichtsgesetz und das Gesetz über den Staatsgerichtshof.

Ein Antrag Hoffmann (Komm.), auch den Anstehenantrag auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt, ebenso ein Antrag deselben Abgeordneten auf Entgegennahme einer Regierungserklärung. Für diesen Antrag stimmen mit den Unabhängigen und Kommunisten auch die beiden Reichsparteien.

Präsident Lohse: Die nächste Sitzung findet somit am 31. Mai, nachm. 3 Uhr, mit der von mir vorgeschlagenen Tagesordnung statt, wobei ich mir vorbehaltlich, noch weitere Punkte auf die Tagesordnung zu setzen. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Regierung eine Erklärung abgeben wird.

Fälschung oder Unfähigkeit?

Unter diesem Titel weisen wir in der „Volkstimme“ vom 27. April auf die merkwürdige Uebersetzung der deutschen Wiederaufbauakte hin, die in der französischen Presse veröffentlicht worden ist und die besonders die Vorschläge der deutschen Gewerkschaften so entstellt wiedergibt, daß man nicht einmal erkennen konnte, es handelt sich um Gewerkschaftsvorschläge.

Wie wir nun nach Einblick in die im Auswärtigen Amte hergestellte englische und französische Uebersetzung feststellen konnten, ist die Uebersetzung, die in der französischen Presse veröffentlicht worden ist, nicht identisch mit der vom Auswärtigen Amte gelieferten. Auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes hat der deutsche Völkstifter in Paris darauf hin durch Habas verbreiteten Text berichtet.

Es handelt sich also um eine französische Sabotage des deutschen Anerbietens, deren Urheber leicht zu erraten ist. Er steht sicher mit dem französischen Wiederaufbauminister und -unternehmer Douchet in persönlich enger Verbindung... Diese seit zwei Jahren systematische betriebene Verfälschung der öffentlichen Meinung Frankreichs in der Wiederaufbaufrage wird bald ausgepielt haben, und zwar weil die zunächst Beteiligten unter Führung des französischen Gewerkschaftsbundes zur Selbsthilfe gegriffen haben.

Kaiserlicher Dieb.

Karl von Habsburg, der ehemalige Kaiser von Oesterreich, der seine Regierungstätigkeit mit einem gehörigen Diebstahl an den Inzivilen — mit dem Raube der zum Kriegsgeschädigtenfonds gehörigen Kronjuwelen — abgeschlossen hatte, liebt es auch schon früher, sich Inzivileneigentum zuzueignen. In den letzten Kriegsjahren wurde, wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ schreibt, ein Inzivilenfonds angelegt, der den schönen Namen Kaiser-Karl-Inzivilenfonds bekam. Durch Sammlungen im Hinterland und bei der Armee im Felde erreichte dieser Fonds beim Zusammenbruch die Höhe von 70 Millionen Kronen. Wer nun glaubt, daß der ehemalige Kaiser Karl für diesen Fonds, der doch seinen Namen trägt, etwas beigetragen hätte, der täuscht sich ganz gewaltig. Bei Uebnahme dieses Fonds durch die neue Staatsregierung wurde zwar festgestellt, daß der letzte Habsburger wohl Hunderttausende zu Inzivilen gemacht, aber für diese seine Opfer nicht einen Heller beigetragen hat... Aber nicht genug damit: der letzte Sprößling des „erlauchten“ Geschlechtes ließ sich, wie die „Inzivilen-Zeitung“ berichtet, noch alle Monate aus diesem Inzivilenfonds 5000 Kronen ausbezahlen. Beim Monate hindurch stieß Karl dieses Geld, insgesamt also 60 000 Kronen, ein — ein Betrag, der bei dem Geldwert vom Jahre 1918 wahrlich nicht gering war. In Geldsachen übertrumpfte eben der letzte Habsburger den fälschlichen Bücherer. Es genügt ihm nicht drei Millionen Gehalt als Regent, das er als „Oberbefehlshaber“ noch mit weiteren eineinhalb Millionen abzurufen vorband, er ließ sich auch noch aus den für die Inzivilen gependeten Geldern hohe „Bezüge“ anweisen, was sich als ein glatter Diebstahl an dem Eigentum der Inzivilen darstellt. Man weiß, daß bei der Geburt jedes neuen Habsburgerfrühlings das Kriegsgeldvermögen zu einer Zeit, als Kriegervätern ihre Kinder bereits in Zeitungspapier wickeln mußten, jedesmal tausend neue Windeln umsonst zur Verfügung stellen mußte, weil der allerhöchste Anrips jede Windel nur einmal schmutzig machen durfte. Der Gelddiebstahl des Habsburgers am „Kaiser-Karl-Inzivilenfonds“ und der Windeldiebstahl dieses „apostolischen“ allerhöchsten Kaisers zeigen, was für ein Gesarner auf dem Throne saß und die Vermögen seines Volkes schmalt ausbeutete. Und dieser Dieb von Gottes Gnaden magt sich noch weiter an, Völker zu regieren.

Gewerkschaftsartell Magdeburg.

Die gut besuchte Versammlung wird um 18 Uhr vom Vorsitzenden Függe eröffnet. Zunächst macht Sekretär Steinkle einige Mitteilungen. Er fordert die Gewerkschaften auf, die sich zu der Zeichnung zum Garantiefonds der Wiamia noch nicht entschlossen haben, dies baldigst nachzuholen. Die Volkshochschule hält am 23. Mai eine Propaganda-Versammlung in der Luisenschule ab, woran sich die Gewerkschaften zahlreich beteiligen möchten im Interesse an der guten Sache. — Die vom Kartell an die Eisenbahndirektion Magdeburg gerichtete Eingabe betr. Wiedereinführung der Sonntagsfahrkarten ist dahin beantwortet, daß die Eisenbahnenverwaltung erst prüfe, ob der dann zu erwartende Sonntagsverkehr mit dem vorhandenen rollenden Material bewältigt werden könne, dann erst erfolge endgültiger Bescheid. Der Kartellvorsitzende sieht sich genötigt, für das Bureau die Sprechstunden zu beschränken auf 11—1 und 5—6, um ein ersprießlicheres Arbeiten des Sekretärs zu ermöglichen.

Der dann vom Genossen König bedi gegebene Klassenbericht für das 1. Vierteljahr 1921 ergibt folgende Zahlen: Gewerkschaftskartell (Einnahme 51 701,26 Mark, Ausgabe 27 245,55 Mark, Kassenbestand 24 455,71 Mark. Zentralbibliothek (Einnahme 15 572,22 Mark, Ausgabe 11 555,00 Mark, Kassenbestand 4017,22 Mark. Betriebsräte-Genossenschaft (Einnahme 24 582,70 Mark, Ausgabe 5714,45 Mark, Bestand

80 878,25 Mark. Hilfskassa (Einnahme mit dem Kassenbestand 1919/20 von 4868,04 Mark eine Gesamteinnahme von 84 577,89 Mark, Ausgabe 84 000,70 Mark, Kassenbestand 688,19 Mark. Genossenschaftliche Zentralbank beginnt jetzt erst die Ausgaben, so daß der große Kassenbestand nicht lange bleibt. Beim Bildungsausschusse regt er an, das Kartell solle davon zurücktreten, da mehrere solche Ausschüsse beständen, das Kartell müßte sich mehr der Betriebsräteorganisation widmen. Die Anregung wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenfalls die beantragte Entlastung des Kassierers.

Hierauf hielt Herr Direktor Dr. Müllers einen Vortrag über das Landesarbeitsamt. Er verstand es in ganz vorzüglicher Weise, einen Einblick zu gewähren in die Aufgaben und zukünftigen Ziele des Landesarbeitsamts. Vom Arbeitsrecht und Arbeitsnachweis ausgehend, gab er auch einen geschichtlichen Überblick über internationale Arbeiterwanderung, worüber gutes Material vorhanden sei, aber über die Binnenwanderung gebe es nahezu keinen Nachweis. Konjunkturschwankungen und wirtschaftliche Depressionen wie jetzt bewegen fortwährend den Arbeitsmarkt stark. Die Landesarbeitsämter müssen hier regelmäßig mit Unterstützung der Berufsvereinigungen, nach weiteren aufklärenden Worten ging der Vortragende speziell ein auf das Landesarbeitsamt Magdeburg und seine Gliederung. Rechtsabteilung, Landesberufsausschuss und Arbeitsvermittlung, und Schwerbeschäftigten-Vermittlung bilden seine Unterabteilungen. Der Vortragende verlangt die Beseitigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung. Das Landesarbeitsamt soll für jeden Beruf feststellen, was verlangt der einzelne Beruf für Menschen und wie hoch die Ausgaben des Berufs. Im Urzweig werden 200 Zeitungen gelesen, um in allen Berufen auf dem laufenden zu sein, und bittet hierauf um tätige Mithilfe der Berufsverbände für das Arbeitsamt. Vom kommenden Arbeitsnachweisgesetz verspricht sich der Vortragende noch nicht viel, die Berufsgruppen müßten die Mängel des Gesetzes beseitigen helfen.

Des Mangels an Raum wegen kann nicht näher auf den sehr interessanten und aufklärenden Vortrag eingegangen werden. Nach der Beifall der Zuhörer dankte dem Vortragenden. In der Diskussion wurde in erster Linie darauf hingewiesen, daß beim Arbeitsamt auch der Benutzungszwang eingeführt werden müsse, sonst sei es die großen Kosten nicht wert. Auch wird auf die immer noch vorhandenen schwarzen Listen hingewiesen und auf die großen Mängel bei der Arbeitsvermittlung der Innenschiffen. Aufgefordert wird ferner, es solle an die Arbeitervereinigungen im Reichstag das Ersuchen gestellt werden, das angefangene Nachweisgesetz in der geplanten Form abzulehnen. Im Schlußwort ging der Vortragende kurz auf die verschiedenen Beschwerden und Anregungen ein und versprach, sein Bestes zu tun für Ausgestaltung des Landesarbeitsamts, auch im Arbeiterinteresse.

Unter Verschiedenes ersucht der Vertreter der Fleischer, nur im Konsumverein zu kaufen oder dort, wo wenigstens freigeorganisierte Fleischer beschäftigt werden und der Ausschubentag innegehalten werde. Eine vom Genossen Magdanz eingereichte Resolution, den Oberpräsidenten aufzufordern, den Belagerungszustand aufzuheben, wird mit großer Mehrheit angenommen. Genossen Ecke wird anheimgeworfen, sich wegen Kürzung von eingeleiteten Nachrichten an die betreffenden Kommissionen der Zeitungen zu wenden. Sekretär Steinkle weist auf die Wichtigkeit der für Betriebsräte stattfindenden Vorträge und Kurze hin und ersucht die Organisationsleitungen um Propaganda dafür in den Versammlungen. Genosse Wood bezweifelt, daß in allen Betrieben schon Betriebsrats-Neuwahlen vorgenommen seien. Sekretär Steinkle ersucht um Angabe von Adressen derjenigen Firmen, die noch nicht gewählt haben. Es wird ferner gewünscht, daß die verschiedenen gewerkschaftlichen Veranstaltungen nicht so oft an den gleichen Tagen stattfinden sollen. Genosse Wood weist auf die Neugestaltung der Regierung hin und bemängelt dabei, daß die freien Gewerkschaften und der Arbeiterbund nicht dazu herangezogen seien. Eine Kartellversammlung müsse sich seiner Ansicht nach einmal damit beschäftigen. Der Vorsitzende widerspricht dem, da Ersprießliches dabei nicht herauskommen werde. Der Vertreter der Schneider beklagt sich über den außerordentlich schlechten Zustand der Herbergen. Der Kartellvorsitzende wird sich der Sache annehmen.

Notizen.

Aufhebung der neuen Zolllinie? Der „Tamps“ verbreitet folgende Nachricht aus London: Der Vertreter Englands in der Interalliierten Rheinlandkommission befindet sich gegenwärtig in London. Er ist mit den Vorbereitungen zur Aufhebung der Zolllinie am Rhein und zur Klärung Düsselbors, Duisburgs und Ruhrort beschäftigt. Die deutsche Regierung muß sich jedoch verpflichten, jenen englischen und den Geschäftleuten der übrigen Verbandsstaaten, denen die Interalliierte Kommission gewisse Lizenzen eingeräumt hat oder die sich in den drei genannten Städten niedergelassen haben, bestimmte Sicherheiten zu geben. Deutschland muß für eine gewisse Uebergangszeit die Gültigkeit der eingeräumten Lizenzen und abgeschlossenen Verträge anerkennen.

Kassparel aus der Haft entlassen. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ ist der Unabhängige Landrat a. D. Kassparel gegen eine Kaution von 5000 Mark aus der Haft entlassen worden.

Eine Entdeckung der „Freiheit“. Die „Freiheit“ hat entdeckt, daß nach der Neuwahl des Vorstandes der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Genosse Heimann dem Vorstand nicht mehr angehört. Diese Mitteilung wird um so sensationeller wirken, als er ihm noch nie angehört hat, weder in der Landesversammlung noch im Landtag; er hat ständig den Vorschlag, in den Vorstand einzutreten, aus beruflichen Gründen abgelehnt. Wenn also die „Freiheit“ aus ihrer Entdeckung auf eine politische Schwächung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion schließen will, so ist sie durchaus auf dem Falschweg.

Keine Heimstätten-Darlehenkassenscheine. Um für eine intensivere Bautätigkeit die nötigen Mittel zu beschaffen, war angeregt worden, Heimstätten-Darlehenkassenscheine auszugeben. Die zu schaffenden Baugenossen sollen als Bedingung für diese neuen Papiergebühren dienen. Demgegenüber haben die Vertreter der Reichsregierung im Wohnungsausschusse des Reichstags erklärt, daß unter keinen Umständen die schon vorhandene Aufschwüfung der Zahlungsmittel durch weitere Ausgaben großer Papiergeldbeträge gesteigert werden dürfe. Es bestände völlige Uebereinstimmung in der Reichsregierung, daß es unbedingt geboten sei, mit dem Papiergeldbdruck haltzumachen, um die deutschen Geldzeichen nicht noch einer weiteren zum Zusammenbruch führenden Entwertung auszuliefern.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Eine sorgfältige Hausfrau wird alles prüfen und das Beste wählen. Bei der Suche nach einem wirklich guten Seifenpulver wird sie finden, daß

Kluco-wasch von Kluge & Co., Magdeburg 1360
Logar bei dem Magdeburger Zeitungswasser eine tadellos weiße und schöne Bläue liefert und dabei außerst parfüm im Gebrauch ist. Die allgemeine Anerkennung, die Kluco-wasch gerade bei tüchtigen Hausfrauen gefunden hat, beweist, daß die Hauswäsch mit Kluco-wasch in jeder Beziehung vorteilhaft und durch die Erparung von Kernseife billiger ist als Kernseife, wobei die Hände noch die Bläue an. Der Name ist gesetzlich geschützt.

Der gute Ruf

unseres Hauses bürgt dafür, daß wir in

Damenbekleidung u. Putz

trotz der billigen Preise nur gute Qualitätsware führen.



Bluse „Gerda“ 98⁰⁰
 lt. Bild, aus prima Vollvoile, mit Jabot- und Handhohlsaum



Bluse „Paula“ 49⁷⁵
 lt. Bild, aus Vollvoile, mit verschiedenfarbiger Kerbelei



Bluse „Erna“ 79⁰⁰
 lt. Bild, aus weißem Vollvoile, mit breitem Jabot- und Fileteinsatz



Kleid „Meta“ 375⁰⁰
 lt. Bild, aus Vollvoile, mit Lochstickerei, in vielen modernen Farben



Kleid „Frieda“ 198⁰⁰
 aus weißem Voile — reich mit Stickerei garniert



Kleid „Estella“ 298⁰⁰
 lt. Bild, aus la. Waschstoff, hellblau und rosa, jugendliche Form

Hutformen

Große Bastform 21⁰⁰
 gute Qualität, in dunklen Farben

Zweifarbiges Breton 29⁵⁰
 tadellose Verarbeitung, in vielen Farben

Aparte Tagalform 39⁵⁰
 in erstklassiger Ausführung

Tagalmatelot 45⁰⁰
 hübsche kleidsame Form, Ia. Qualität

Garnierte Hüte

Jugendlicher Rusticmatelot 19⁷⁵
 mit Ripsband garniert

Schicke garnierte Hüte 29⁷⁵
 mit geschmackvollen Garnituren

Große helle Bastform 48⁰⁰
 mit Band und Blumengarnitur

Zweifarbiges Breton 58⁰⁰
 mit reicher Bandgarnitur

Garnierte Kinder-Hüte

mit Band oder Blumengarnitur 21⁵⁰
 48.00 35.00 27.00

Putz-Zutaten

in reichhaltiger Auswahl!

In sämtlichen Abteilungen billige Pfingst-Angebote!

LANGE & MÜNZZER